:antifaschistische nachrichten Nr. 22

g 3336 3.11.2011 27. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Aufruf: Widerstand und Protest gegen „Petersberg II“

Dem Frieden eine Chance – Truppen raus aus Afghanistan!

Auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 reagierten die USA sowie die NATO mit dem Krieg in Afghanistan. Im Dezember vor zehn Jahren wurde auf der Petersberger Konferenz bei Bonn eine provisorische Regierung für Afghanistan unter Präsident Karzai eingesetzt – wenige Tage später beschloss der UN-Sicherheitsrat den ISAF-Einsatz. Nun lädt die Bundesregierung für den 5. Dezember 2011 erneut auf den Petersberg ein. Die kriegführenden Staaten werden hier zusammenkommen, um über die Zukunft Afghanistans zu beraten. Delegierte aus 90 Ländern sowie NGO's sollen vorgeblich über „Friedensperspektiven“ diskutieren – doch die Realität sieht anders aus:

Seit einem Jahrzehnt führt die NATO in Afghanistan unter dem Vorwand der „humanitären Intervention“ und des „Krieges gegen den Terror“ einen Krieg für wirtschaftliche und machtpolitische Interessen. Die Bilanz: Jahr für Jahr steigende Opferzahlen, insbesondere unter der Zivilbevölkerung, zerstörte Infrastruktur, massive Unterernährung, unbehandelte Krankheiten, sinkende Lebenserwartung, wachsende Gewalt gegen Frauen. Trotz alledem werden Menschen, die vor Krieg, Zerstörung und Not flüchten, mit Militär und Polizeieinheiten wie z. B. FRONTEX, mit Gewalt von Europa fern gehalten.

Die Bundeswehr beteiligt sich an diesem Krieg und trägt Schuld an Kriegsverbrechen, wie z. B. dem Massaker bei Kunduz. Der jährlichen Verlängerung des parlamentarischen Mandates steht die mehrheitlich ablehnende Haltung der Bevölkerung entgegen: Es mangelt der Bundeswehr nicht nur an SoldatInnen, sondern auch an breiter Akzeptanz dafür, Krieg als Mittel der Politik zu führen. Mit dem Ziel dieses zu ändern, wird die Gesellschaft auf allen Ebenen zunehmend militarisiert. Die Reform der Bundeswehr bedeutet, dass die Bundeswehr an Schulen Rekruten wirbt, im Innern zum Einsatz kommt und zur Interventionsarmee umgestaltet wird.

Nun kündigt die Bundesregierung an, bei der zweiten Afghanistan-Konferenz auf dem Bonner Petersberg über „politische Lösungen“ und „Truppenabzug“ diskutieren zu wollen – eine reine Farce. De Facto sollen in Zukunft vermehrt afghanische Militärs und Polizisten ausgebildet werden, um stellvertretend für die NATO den Krieg fortzusetzen, den Großteil der Opfer zu stellen und, weiterhin von der NATO kontrolliert, selbst für „Sicherheit“ zu sorgen. Gleichzeitig will die NATO als „Krisenmanagement“ die Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ) forcieren - die enge Integration politischer, militärischer, wirtschaftlicher, humanitärer und polizeilicher Instrumente. Was früher zivil war, wird heute militärischen Zielen untergeordnet. So wird z. B. auch „Entwicklungshilfe“ zum Bestandteil der NATO-Strategie.

Wir lassen uns nicht täuschen: Was wie eine „Friedensperspektive“ klingt, soll der Fortsetzung internationaler militärischer Interventions- und Besatzungspolitik dienen. Krieg bedeutet immer: Tod, Folter, Vergewaltigungen, Menschenrechtsverletzungen – so aktuell auch in Libyen.

Die Regierungen der Kriegsallianz wollen den Krieg in Afghanistan weiterführen und beraten nun über das Wie – die Antikriegs- und Friedensbewegung will den Krieg beenden! Wir fordern die umgehende Einstellung aller Kampfhandlungen und den umfassenden Abzug der Truppen aus Afghanistan! Die frei werdenden Gelder (im Jahr 2011 sind allein im Bundeshaushalt rund 1,1 Milliarden Euro für den Krieg vorgesehen) müssen ab sofort für den Wiederaufbau und die Verbesserung der Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung nach deren Bedürfnissen eingesetzt werden! Nur so kann in Afghanistan ein Frieden entstehen, der seinen Namen auch verdient.

Die Antikriegs- und Friedensbewegung ruft zu gemeinsamen und vielfältigen Aktivitäten in Bonn auf. Vom 3. bis zum 5. Dezember 2011 wollen wir mit einer bundesweiten Demonstration und auf einer internationalen Konferenz Zeichen gegen die menschenfeindliche Politik des Krieges setzen. Stellt Euch quer und beteiligt Euch an Aktionen zivilen Ungehorsams!

Die Aufstände im arabischen Raum und die wiedererstarkte Anti-Atom-Bewegung hierzulande lassen uns optimistisch sein, dass soziale Bewegung die Welt verändern und auch wir gemeinsam ein kraftvolles Zeichen gegen den Krieg setzen können!

ErstunterzeichnerInnen aus der Friedensbewegung: Wilhelm Achelpühler (Grünen Friedensinitiative), Düzgün Altun (DIDF), Reiner Braun (IALANA), Erika Bosch (Menschen für den Frieden Düsseldorf), Bernhard Clasen (Münchengladbacher Friedensforum), Uli Cremer (Grünen Friedensinitiative), Peter Delis

weiter Seite 3

Aus dem Inhalt:

Kinder des Widerstands wollen Gedenkarbeit mitgestalten 5
Rechtskatholische Fundamentalisten mobilisieren in Paris 7

Urteil im „Altermedia"-Prozess

Rostock/Stralsund. Die ehemaligen Betreiber der einschlägig rechten Internetseite „Altermedia Deutschland" müssen ins Gefängnis. Die Stralsunder Axel Möller und Robert Rupprecht wurden wegen Volksverhetzung zu einer Strafe von zwei Jahren und sechs Monaten bzw. zwei Jahren und drei Monaten verurteilt. Sie hatten auf ihrer Internetseite u.a. den Holocaust geleugnet und Staatsanwälte bedroht. *hma* ■

Wahlen in der Schweiz

Schweiz. Bei den Nationalratswahlen in der Schweiz am 23. Oktober konnten neben der SVP (26,6 %, zuvor 29 %), die mit Slogans wie „Masseneinwanderung stoppen" aufgetreten war, auch weitere einschlägig rechte Parteien Sitze im neuen Parlament erringen. Die von dem ehemaligen SVP-Mann Eric Stauffer gegründete „Mouvement Citoyens Genevois / Mouvement Citoyens Romand" (MCG/MCR), die bei den letzten Wahlen im Kanton Genf zur zweitstärksten Kraft wurde, wird künftig von dem Anwalt Mauro Poggia im Nationalrat repräsentiert. Die MCG/MCR hatte während des Wahlkampfs u.a. gegen die „Grenzgänger" gehetzt. Die „Lega Nord" im Tessin erzielte zwei Sitze im neuen Parlament. Die christlichen Kleinparteien „Christsoziale Partei" und „Evangelische Volkspartei" ziehen mit jeweils einem Abgeordneten in den Nationalrat ein. *hma* ■

Gastprofessor ausgeladen

Trier. Das „Historisch-Kulturwissenschaftliche Zentrum" der Uni Trier löst den Vertrag mit dem israelischen Gastprofessor Martin van Creveld auf. Nach einem ersten Vortrag des Militär- und Kriegshistorikers hatten der Asta der Uni Trier und zahlreiche Hochschulgruppen gefordert, sich umgehend von dem Gastprofessor zu trennen. Dessen Thesen seien „frauenfeindlich, militaristisch, antiisraelisch, vulgärwissenschaftlich und methodisch primitiv". Asta und Hochschulgruppen wandten sich dagegen, dass ein regelmäßig in der „Jungen Freiheit" publizierender Professor an der Universität mit Mitteln des Landes Rheinland-Pfalz hofiert werde. Nach zahlreichen Gesprächen wurde beschlossen, den Vertrag mit van Creveld aufzulösen. Es werden keine weiteren Veranstaltungen mit ihm stattfinden. *hma* ■

„Pro D" will D-Mark zurück

Berlin. Nach ihrem eher kläglichen Abschneiden bei den letzten Wahlen in Berlin setzt die sog. „Bürgerbewegung pro Deutschland" verstärkt auf ein eurokritisches Profil. Auf dem neuen Blog „Euro-Gegner", den der „Pro Deutschland"-Aktivist Manfred Rouhs betreibt, wird eine Rückkehr zur D-Mark gefordert. Darüber hinaus will die selbsternannte „Bürgerbewegung" in der Zeit vom 5. November bis zum 15. Dezember in insgesamt acht Berliner Bezirken öffentliche „Kundgebungen" unter dem Motto „Raus aus dem Euro!" durchführen. *hma* ■

„Lebensschützer" verurteilt

Österreich/Graz. Das Oberlandesgericht in Graz hat vier sog. „Lebensschützer" zu Geldstrafen verurteilt. Die Verurteilten, unter ihnen der Leiter von „Human Life International" (HLI) Dietmar Fischer, müssen zwischen 350 Euro und 6400 Euro zahlen. Mehrere der Verurteilten hatten vor einer medizinischen Einrichtung eine sog. „Gehsteigberatung" angeboten und einen Mediziner bedrängt. Fischer, der in Wien lebt, hatte Flugblätter und andere Materialien zur Verfügung gestellt. In dem Berufungsverfahren wurde die Verurteilung nach dem österreichischen Stalking-Paragraphen bestätigt. Das Urteil ist damit rechtskräftig. *hma* ■

Buscher verstorben

Dommershausen/Köln. Am 10. Oktober verstarb der 1928 geborene Paulus Buscher. Der Sohn eines SS-Mannes hatte in seiner Jugend der bündischen „Deutschen (autonomen) Jungenschaft" (dj.1.11) angehört. Nach der Befreiung vom NS-Regime engagierte sich Buscher zuerst im linken Spektrum. Seit Mitte der 1980er Jahre trat Buscher als Autor und Leserbriefschreiber in der von „nationalrevolutionären" Neofaschisten herausgegebenen Zeitschrift „Wir Selbst" auf. Dort hetzte er gegen die Anerkennung der Kölner Edelweißpiraten als antifaschistische Widerstandskämpfer und bezeichnete diese als „Widerstands-Schmarotzer" und „Abschaum der Menschheit". Er trat als Referent bei den „Bogenhauser Gesprächen" der Münchner „Burschenschaft Danubia" und der „Deutschen Hochschulgilde" auf. Buschers Buch „Das Stigma" erschien im einschlägig rechten „Verlag Siegfried Bublies".

hma ■

Rechtsextreme in Lettlands Regierung

Erwartungsgemäß nahm der neue lettische Ministerpräsident Valdis Dombrovskis lieber die rechtsextreme „Nationale Allianz" in seine Regierungskoalition hinein, als auf die gestärkt aus den Wahlen hervorgegangene Partei der russischen Minderheit „Harmoniezentrum" (errang 31 von 100 Sitzen im Parlament) angewiesen zu sein. Die „Nationale Allianz" (14 Abgeordnete) ist in erster Linie antirussisch, faselt aber auch schon einmal von einer „russisch-jüdischen Gefahr". Die lettischen Angehörigen der Waffen-SS sind für sie keine Kriegsverbrecher, sondern Männer, deren Ziel „Vaterland und Freiheit" gewesen seien.

F (nach FAZ, 21.10.11, taz, 25.10.11) ■

Schlappe für bulgarische Faschisten

Bei den bulgarischen Präsidentschaftswahlen vom 23.10. qualifizierten sich der Vertreter der Konservativen und sein sozialistischer Konkurrent für die Stichwahlen. Nur 3,7 % der Stimmen konnte hingegen Wolen Sidorow für sich gewinnen. Dabei hatte seine Partei „Ataka" alles getan, um soziale Konflikte zu ethnisieren und Stimmung gegen Roma und Moslems zu machen. Auf ihr Konto geht die organisierte Störung des Freitagsgebets am 20. Mai in einer Sofioter Moschee, und sie war beteiligt an den rassistischen Pogromen gegen Roma in den letzten Wochen (die AN berichteten mehrfach). Um so erstaunlicher ist ihr schwaches Abschneiden.

F (Ergebnisse u.a. bei Wikipedia) ■

Rechtspopulismus ernst nehmen: Ergebnisse des Bundeskongresses von ver.di

Leipzig. Vom 17. bis 24. September 2011 tagte in Leipzig der 3. Ordentliche Bundeskongress der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di). Rund 1.000 Delegierte berieten mehr als 1.300 Anträge.

Verschiedene Anträge setzten sich mit dem Thema Rechtsextremismus und Rechtspopulismus auseinander. Im Antrag „Aktiv gegen Rechtspopulismus", der vom Gewerkschaftsrat eingebracht und vom Kongress beschlossen wurde, fordert ver.di eine Politik, die die Ängste der Bevölkerung ernst nimmt, aber auf Demokratie, Toleranz und Pluralität baut. Innerhalb von ver.di und des DGB soll eine „breite Kampagne gegen Rechtspopulismus auch unter Gewerkschaftsmitgliedern unter anderem durch Weiterentwicklung der Bildungsarbeit" angestoßen und geführt werden.

In der Begründung für den Antrag wird darauf verwiesen, dass rechtspopulistische Parteien in Europa stärker geworden sind und auch in vielen Regionen Deutschlands rechtspopulistische Parteien und selbsternannte „Bürgerbewegungen" aktiv sind. „Diese neuen Parteien/Organisationen geben sich – im Gegensatz zu den „‚alten' wie NPD, DVU – betont bürgerlich und bodenstän-

Fortsetzung von Seite 1

(Bundesausschuss Friedensratschlag), Kristian Golla (Netzwerk Friedenskooperative Bonn), Irmgard Heilberger (Internationale Frauenliga für Frieden u. Freiheit), Lühr Henken (Bundesausschuss Friedensratschlag), Uwe Hiksch (Natur-Freunde Deutschland), Christine Hoffmann (pax christi), Willi Hoffmeister (Ostermarsch Rhein Ruhr Komitee), Matthias Jochheim (IPPNW), Marion Küpker (Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen), Werner Rätz (Attac-Deutschland), Clemens Ronnefeldt (Internationaler Versöhnungsbund - Deutscher Zweig), Jürgen Rose (Darmstädter Signal), Uli Sander (VVN-BdA), Monty Schädel (DFGVK), Reiner Schmidt (Interventionistische Linke), Martin Singe (Komitee für Grundrechte und Demokratie), Manni Stenner (Netzwerk Friedenskooperative Bonn), Peter Strutynski (Bundesausschuss Friedensratschlag), Hannelore Tölke (Mitglied des Bonner Stadtrates), Jürgen Wagner (Informationsstelle Militarisierung), Laura von Wimmersperg (Gruppen der Berliner Friedenskoordination), Lucas Wiri (Naturwissenschaftlerinnen-Initiative) Darüber hinaus gibt es die Unterstützung bundesweiter Organisationen, wie Bundeswehr wegtreten, IALANA, IPPNVV, DFG-VK, Pädagoginnen für den Frieden und der Partei „DIE LINKE" (u.a. Gesine Lötzsch, Oskar Lafontaine) bzw. deren Untergliederungen sowie von regional arbeitenden Strukturen (Ostermarsch Ruhr, Siegener Zentrum für Friedenskultur, etc.). Die komplette Unterzeichnerliste siehe website. Dort kann auch weiter unterzeichnet werden:

www.afghanistan-protest.de

Samstag, 3.12.2011
Bundesweite Demonstration
Auftaktkundgebung um 11.30 Uhr, Kaiserplatz, Bonn (Nähe Hbf), Demonstration durch die Bonner Innenstadt, Schlusskundgebung 14 Uhr, ebenfalls Kaiserplatz

Sonntag, 4.12.2011
Internationale Antikriegskonferenz
Für ein freies, selbstbestimmtes Afghanistan 8.30 – 19.00 Uhr, LVR-Museum Bonn, Colmantstr. 14-16 (Nähe Hbf)

Montag, 5.12.2011 fantasievolle Begleitaktionen ab 8 Uhr in Königswinter & Bonn-Mehlem, ab 11 Uhr Protestschiff ab Königswinter zum Konferenzort, ab 11.55 Uhr am Konferenzort „Alter Bundestag" (Bonner Kongresszentrum)

dig, ja sie geben vor, die wahren ‚Volksparteien' zu sein. Auch wenn es die Rechtspopulisten bei uns noch nicht geschafft haben, – mangels geeigneter (charismatischer) Führungspersönlichkeiten – in den Bundestag zu gelangen: auch bei uns besteht die Gefahr, dass sie es schaffen können!"

In einem anderen Antrag, der beschlossen wurde, wird die Forderung gestellt, „dass in den Betrieben und Einrichtungen gemeinsam mit den Arbeitgebern Vereinbarungen getroffen werden, dass in den Betrieben alles gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit getan wird". Die Anträge insgesamt können auf der Seite von ver.di eingesehen werden:

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt Oktober 2011" ■

Foto. Karin Richert

Angriff auf Falkenhaus

Gelsenkirchen. In der Nacht vom 17. auf den 18.10. verübten Faschisten einen Anschlag auf das Friedrich Erler Haus in Hassel. Das Haus und umliegende Fahrzeuge wurden mit Hakenkreuzen beschmiert.

Auch in Dortmund und Herne wurden in den letzten Wochen von Nazis Falkenhäuser beschmiert, unter anderem mit der Parole „Falken Töten". In Berlin ist Anfang des Jahres sogar ein Falkenheim von Nazis angezündet und schwer beschädigt worden.

Julia Rakowski, Vorsitzende der Falken Gelsenkirchen: „Dass wir in den Fokus der Nazis gerückt sind, zeugt davon, dass sie eine demokratische und antifaschistische Erziehung für Kinder und Jugendliche als Gefahr ansehen. Es ist aber ebenso entlarvend für die Nazis, dass sie ein Kinder- und Jugendzentrum zerstören."

Die Angreifer konnten nach unseren Informationen bisher nicht identifiziert oder gefasst werden, wir hoffen darauf dass die Ermittlungen schnell und gezielt durchgeführt werden. Heute morgen haben wir als Falken Bezirk Westliches Westfalen veranlasst, 200 Euro an die Antifaschistische Konferenz der VVN in Dortmund Anfang 2012 zu spenden. Auch wenn die Nazis uns einschüchtern wollen, ermutigen sie uns, unseren Antifaschistischen Kampf auszuweiten.

Im Rahmen der Veranstaltung zur Reichspogromnacht werden wir deutlich Flagge gegen nazistische Bewegungen zeigen. Im Vorfeld wird es eine Gedenkstättenfahrt für unsere Jugendlichen nach Sachsenhausen geben.

Die Verbrechen der Nazis früher und heute werden nicht vergessen werden. Unsere Losung bleibt: No Pasaran – Keinen Schritt zurück."

Paul M. Erzkamp Vorsitzender der SJD Die Falken Gelsenkirchen und Westliches Westfalen, Quelle: indymedia ■

Berufungsverfahren bestätigt Skandalurteil

Koblenz. Der Berufungsprozess gegen einen jungen Antifaschisten, der am vergangenen Mittwoch am Landgericht Koblenz stattgefunden hat, endete, ohne dass es zu einem Freispruch gekommen ist. Der Angeklagte war im Mai diesen Jahres – trotz fehlender Beweise und nur aufgrund der Aussage eines einzigen Polizisten – zu einer hohen Strafe verurteilt worden. Der zunächst zuständige Oberstaatsanwalt hatte in der Vergangenheit heftige Kritik provoziert, weil er den Angeklagten und seinen Anwalt beschimpft hatte und im ersten Prozess Druck auf Zeugen und Teile des Publikums ausgeübt hatte. Dieser Oberstaatsanwalt war im Berufungsprozess nicht mehr der Anklagevertreter. Dennoch war der Druck durch die Justiz nach wie vor sehr hoch: Die Koblenzer Justiz ist für ihre besondere Härte bekannt, und der Richter in diesem Berufungsprozess, der in der Regel verhängte Strafen in Berufungsverfahren nicht verringert sondern noch erhöht, hatte dem Anwalt gegenüber sehr deutlich signalisiert, auf jeden Fall verurteilen zu wollen. Diesem psychischen Druck mit der Aussicht auf weitere Verhandlungstage, ohne dass am Ende ein Freispruch stehen würde, fühlte sich der Angeklagte nicht gewachsen, weshalb sich schließlich darauf geeinigt wurde, dass beide Seiten die Berufung zurückziehen. Damit steht am Ende eine rechtskräftige Verurteilung wegen schwerer Körperverletzung, für die es keine Beweise gab. Einzig die Aufhebung der schikanösen Bewährungsauflagen mag dem nunmehr Verurteilten ein kleiner Trost sein.

Während Besucher_innen des Berufungsprozesses abgetastet und durchsucht wurden, ihre Ausweise kopiert wurden und ihnen außerdem ein Mitschreiben untersagt wurde, saß der als Nebenkläger auftretende Polizist in voller Uniform inclusive Dienstwaffe im Saal.

Wir rufen die Öffentlichkeit dazu auf, die folgenden, im gleichen Zusammenhang antifaschistischer Proteste im November 2010 in Remagen stehenden, Prozesse zu beobachten, damit es nicht zu weiteren inakzeptablen Verurteilungen kommt.

Weitere Informationen zu den Prozessen und ihren Hintergründen finden Sie unter http://remagensoli.blogsport.de.

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V. - OG Bonn, Kto.-Nr. 400 723 8302, GLS Bank, BLZ: 430 609 67 Stichwort „Remagen"

Solidaritätsgruppe für die kriminalisierten Antifaschist_inn_en von Remagen Bonn, den 25. Oktober 2011 ■

Antifaschistische Zeitung zum 9. November

Berlin. In diesen Tagen ist die Antifaschistische Zeitung erschienen, die jedes Jahr parallel zur stattfindenden antifaschistischen Demonstration am 9. November in Berlin Moabit herauskommt. Neben dem Aufruf zur Demo, gibt es Texte, u.a. zu folgenden Themen „Deutschland fordert Immunität für NS-Kriegsverbrechen“, „The Battle of the Maxes – Baer vs. Schmeling in New York 1933“, „Jüdisches Leben in Friedrichshagen“ und „Hitler und Stalin – Bruder Todfeind“, nachzulesen.

In diesem Jahr jähren sich die ersten Deportationen aus Berlin zum siebzigsten Mal. Am 18. Oktober 1941 verließ vom Gleis 17 des Bahnhofs Grunewald der erste Deportationszug Berlin in Richtung des Ghettos Litzmannstadt/Lodz. Knapp ein Jahr später ab August wurden diese vom Bahnhof an der Putlitzbrücke

in Moabit fortgesetzt. Daher rufen wir seit 1990, so auch in diesem Jahr, zu einer Gedenkkundgebung am Mahnmal an der ehemaligen Synagoge in der Levetzowstraße in Moabit auf. In den letzten Jahren haben sich regelmäßig viele hundert Menschen an unserer Kundgebung und der anschließenden Demonstration beteiligt. Sie orientiert sich dabei an dem Weg, den die Jüd_innen vom Sammellager in der Levetzowstraße zum Deportationsbahnhof an der Putlitzbrücke am helllichten Tag unter aller Augen gehen mussten.

Unser Anliegen ist nach wie vor aktuell. So warb die neonazistische NPD im vergangenen Berliner Wahlkampf mit dem widerlichen antisemitischen Slogan „Gas geben“ und wurde sogar durch Gerichte gedeckt.

Die Zeitung und die Veranstaltungen um den 9. November sind ein kleiner, aber entschiedener Gegenpart zu den deutschen Zuständen. Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus gehören in Deutschland keineswegs der Vergangenheit an. Den Betroffenen damals und heute gilt unsere Solidarität.

Die Antifaschistische Zeitung kann direkt von der Seite der Antifaschistischen Initiative Moabit heruntergeladen werden (http://antifa-moabit.de.vu).

Gedenkkundgebung und antifaschistische Demonstration in Berlin-Moabit

Am Mittwoch, den 9. November 2011 beginnt um 17:00 Uhr die Demo mit einer Auftaktkundgebung am Mahnmal Levetzowstraße (U-Bhf Hansaplatz, S-Bhf Tiergarten). Dort wird die Zeitzeugin Andree Leusink (geboren am 14. Mai 1938) sprechen. Sie überlebte als verstecktes jüdisches Kind den Holocaust in Frankreich und der Schweiz. Heute ist sie aktiv in der antifaschistischen Bewegung, darunter den „Child-Survivors-Deutschland – Überlebende Kinder der Shoah“ und der VVN-BdA Berlin-Pankow e.V. Anschließend wird die antifaschistische Demonstration zum Mahnmal an der Putlitzbrücke (S-Bhf Westhafen) ziehen.

AIM/Antifaschistische Initiative Moabit ■

Unterstützer_innen: Initiative gegen das Chipkartensystem, Autonome Neuköllner Antifa [ANA], Antifaschistisches Bündnis Südost [ABSO], TOP B3rlin, Emanzipative Antifaschistische Gruppe [EAG], Antifa Friedrichshain [AFH]

Hans-Frankenthal-Preis verliehen

Hamburg. Die 2009 gegründete Stiftung Auschwitz-Komitee verlieh zum zweiten Mal den Hans-Frankenthal-Preis, benannt nach Hans Frankenthal (1926-1999), dem langjährigen Vorstandsmitglied des Auschwitz-Komitees, Mitglied des Zentralrats der Juden und der jüdischen Gemeinde Hagen. Als Jugendlicher wurde er mit seinem Bruder nach Auschwitz verschleppt, überlebte die Zwangsarbeit in Auschwitz-Monowitz, im KZ Mittelbau Dora und im KZ Theresienstadt.

Mit dem Hans-Frankenthal-Preis 2011 wurden drei Initiativen ausgezeichnet, die im Sinne des Auschwitz-Komitees Aufklärungs- und Bildungsarbeit gegen das Vergessen und gegen nationalsozialistische und neofaschistische Bestrebungen leisten:

◗ Das Institut für Kunst und Forschung, Wolfram P. Kastner, Künstler aus München

Seit Beginn der 1980er Jahre liegt der Schwerpunkt des Künstlers Wolfram P. Kastner in öffentlichen Aktionen, Interventionen und sogenannten SehStörungen. Immer wieder thematisiert er die Verdrängung des Nationalsozialismus im öffentlichen Bewusstsein, die mangelhafte Aufarbeitung und das Fortleben im Alltag. Kastner interveniert mitten hinein in den Alltag, provoziert mit den Mitteln der Kunst. Im Gutachten heißt es: „Für mich ist Kastners Arbeit gelebter Antifaschismus. Kreativ, intelligent und mutig setzt er sich mit der Vergangenheit und der Gegenwart auseinander: Immer auf Seiten der Opfer und Verfolgten, immer gegen die Täter und gegen die Gleichgültigkeit und Dummheit. Er wählt neue Wege der Vermittlung, öffentlich und widerständig, teils spektakulär, aber nie ohne das politische Ziel aus den Augen zu verlieren.“

◗ Wohn- und Ferienheim Heideruh e.V., Antifaschistische Erholungs- und Begegnungsstätte

„Heideruh“, 1945 aufgebaut als Ferienheim nahe Hamburg für Opfer des Faschismus, deren Kinder und Angehörige, stellt sich, bedingt durch den Generationenwechsel, neue Aufgaben in der Entwicklung zu einer intergenerationellen Begegnungsstätte. Das „Forschungsprojekt Heideruh“ untersucht in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, Fachbereich 5, Prof. Dr. Oliver Rump, wie und ob Heideruh als Gedenkort gewürdigt werden kann. Der Hans-Frankenthal-Preis der Stiftung Auschwitz-Komitee wird „Heideruh“ verliehen zur Unterstützung dieses Forschungsprojekts.

◗ Der Gruppe Ultrà Sankt Pauli (USP) für das Projekt „Alerta-Netzwerk“

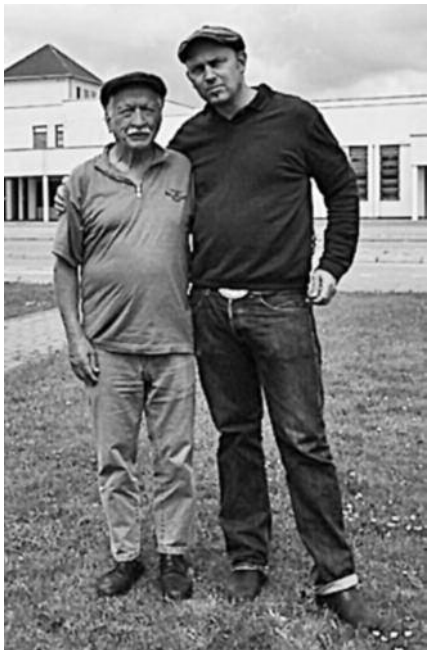
Aus der Fanorganisation Ultrà Sankt Pauli heraus entstand 2007 das Alerta-Netzwerk als ein internationaler antifaschistischer Zusammenschluss von jetzt 15 Fangruppen aus Europa und Israel. Der Hans-Frankenthal-Preis wird zur Unterstützung der Netzwerkarbeit verliehen. Im Gutachten heißt es: „Die direkte, Aufsehen erregende und vielfältige Art der Aktionen des Alerta-Netzwerks in einem selten von antifaschistischer Öffentlichkeitsarbeit erreichtem Feld sowie die Themenwahl haben uns imponiert. Die Möglichkeiten, die die Schaffung einer Internetpräsenz mit sich bringt, halten wir für Zukunft weisend und notwendig, insbesondere im Hinblick auf die Unterstützung von Gruppen und Einzelpersonen die dem neofaschistischem, rassistischem und sexistischem Mainstream in ihrer Umgebung etwas entgegensetzen wollen und bisher nicht im Alerta-Netzwerk beteiligt sein konnten.“

Stiftung Auschwitz-Komitee ■

Mehr Informationen über Begründungen der Preisvergabe unter: http://www.stiftung-auschwitz-komitee.de/der-hans-frankenthal-preis/der-hans-frankenthal-preis

Eine Forschungsreise wider das Vergessen

München. Im November 2011 jährt sich die erste Deportation vom Sammellager in Milbertshofen in die Vernichtungslager in Osteuropa zum siebzigsten Mal.



Ernst Grube / Paul Huf Foto: Paul Huf, Berlin

Aus diesem Anlass reist der Künstler Paul Huf zusammen mit dem Holocaust-Überlebenden Ernst Grube, der Journalistin Renate Eichmeier und der Pädagogin Helga Hanusa nach Kaunas, Lublin, Theresienstadt und Auschwitz, den Zielen der Münchner Deportationen. Mit seiner »Forschungsreise wider das Vergessen« will Paul Huf ergründen, welche Bilder, welche Texte heute angemessen und geeignet sind, dem Vergessen entgegenzuwirken.

Vom 6. bis zum 20. November schicken die Reisenden jeden Tag einen Bericht nach München. Die Texte, Fotografien und Zeichnungen füllen ein Reisetagebuch, das jeden Abend von 19 bis 22 Uhr auf die Fassade des Kulturhauses projiziert wird.

Die Recherchereise und die abendliche Projektion werden gemeinsam mit dem Kulturhaus Milbertshofen durchgeführt und gefördert vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München / Kunst im öffentlichen Raum.

Weitere Informationen: www.forschungsreise-wider-das-vergessen.de/ ■

Eine Stimme zu viel für Udo Pastörs von der NPD

Mecklenburg-Vorpommern. Bei der Wahl des Ministerpräsidenten im Schweriner Landtag erhielt der NPD-Gegenkandidat Udo Pastörs eine Stimme mehr, als die NPD Abgeordnete im Landtag hat.

Der wiedergewählte Ministerpräsident Sellering (SPD) erhielt nur 42 von 43 Stimmen aus der Regierungskoalition von SPD und CDU. Von daher vermutet die NPD in ihrer Stellungnahme zu dem Vorgang, dass der „Abweichler“ aus den Reihen der Regierungsparteien stammt.

u.b. ■

„Kinder des Widerstandes“ wollen sich aus Gedenkarbeit nicht verdrängen lassen

Seminar über Erinnerungsarbeit und Antifaschismus heute

NRW. Im Solinger Naturfreundehaus tagte auf Einladung der VVN-BdA eine ältere „Kindergruppe“, so aus den Jahrgängen 1930 bis 1960. Es war ein Wochenende der „Kinder des Widerstandes“. So wollen sie sich auch künftig nennen und bald in größerem Rahmen wiedertreffen, obwohl auch der Vorschlag kam, „Kinder der Opfer“ zu sagen. Es ging um ein Bekenntnis zum Widerstand der Eltern, auch wenn diese damit den Kindern oft etwas antaten, mit dem sie schwer klar kamen. Die heute ergrauten Kinder haben unter den Kalten-Kriegs-Diskriminierungen der Leute aus dem Arbeiterwiderstand gelitten, denen man vorwarf, nichts aus der Bestrafung in den Jahren 33 bis 45 gelernt zu haben, weshalb sie als Kommunisten z. B. unter Adenauer wieder eingesperrt wurden. Es wurden Gutachten von Naziärzten vorgelegt, nach denen der Vater keine Entschädigung zu bekommen hat für gesundheitliche Schäden – weil er ja freiwillig Widerstand leistete, während die Juden nichts dafür konnten.

Es waren sehr aufwühlende Berichte. Diese „Kinder des Widerstandes“ konnten sich nie an eine Gestapounterlagenbehörde wenden. In regelmäßigen Abständen hat die Linkspartei im Bundestag Anträge gestellt, die politischen Opfer des Kalten Krieges zu entschädigen und damit zu rehabilitieren, oder den Widerstandskampf der kommunistischen Linken endlich anzuerkennen. Die Antworten von MdBs aus der Union, der FDP, auch der SPD lesen sich gruselig – wie von Springer-Journalisten der 50er Jahre verfasst. „Mein Vater war kein Verbrecher“, schrieb daher Klara, die Tochter von Karl Schabrod schon vor einiger Zeit. Zusammen mit Inge, Traute und Alice, Töchter von Willi Kutz, Artur Burmester und Peter Gingold, hatte sie zu dem Treffen in Solingen aufgerufen. Sie wollen nicht nur zurückblicken, sondern als Zeitzeuginnen und Zeitzeugen wirken.

Traute Sander (VVN-BdA NRW) und Rosel Vadehra-Jonas (Ravensbrück-Freundeskreis) hatten nach einem Vortrag von Dr. Dieter Nelles, Historiker der Ruhr-Universität und Forscher zum Thema „Kinder des Widerstandes“, einleitend zu den Arbeitsgruppen des Seminars referiert. Auch die Themen des Kampfes gegen den Neonazismus mittels Bündnissen und für eine wirkungsvolle Erinnerungsarbeit wurden behandelt. Hierzu sprachen Falk Mikosch und Ulrich Sander.

Nach Abschluss des Seminars wollten sich die Teilnehmer/innen im Solinger Museum Baden in einer Gemäldeausstellung zum Thema „Entartete Kunst“ informieren. Was sie dort sahen: Erschütternde eindrucksvolle Bilder und zum Teil sehr dubiose Erläuterungen des Museums. Wenn es um Künstler und Literaten (Verbrannte Dichter) geht, die aus dem Exil in die DDR gingen, so heißt es dort auf den Tafeln: Die gegen das Unrecht kämpften, waren nun selber am totalitären Unrecht beteiligt. Derzeit müssen Museen wohl so sein, sonst bekommen sie keine Fördermittel. Aber man muss es ja nicht widerspruchslos hinnehmen.

Zuvor war im Seminar noch mal die Sache mit der Oberhausener Gedenkhalle zur Sprache gekommen, wo der Arbeiterwiderstand aus der Ausstellung geflogen ist (wir berichteten, siehe www.nrw.vvn-bda.de). Da wurden Walter Kurowskis Gemälde entfernt – so als wären sie irgendwie entartet. Er hatte Kommunisten als „Helden“ abgebildet und Kapitalisten als Schuldige am Faschismus, das wäre mal „zeittypisch“ gewesen – aber heute nicht mehr zumutbar, so wurde in Oberhausen argumentiert. Überhaupt ist das „Nie wieder Krieg und Faschismus“ zum „Nie wieder Auschwitz“ zusammengeschrumpft, wurde festgestellt. Gedenkstätten sollen in Zeiten der deutschen Kriege und der Rechtsentwicklung der Mitte nicht „überrumpelt“ werden? Das Seminar war sich einig: Die Kinder des Widerstandes, alle Antifaschisten sollten sich aus der Gedenkarbeit nicht verdrängen lassen. Nach den Zeitzeugen der Häftlingsgeneration kommen nun die neuen Zeitzeugen. *Ulrich Sander* ■

Rechtspopulist_innen den Tag vermiest!

München. Am Samstag, den 15. Oktober sollte in München ein Aufmarsch der rechtspopulistischen Partei „Die Republikaner“ stattfinden. Großspurig hatten sie zu einem „bundesweiten Marsch“ mit anschließender Kundgebung auf dem Marienplatz aufgerufen. Dort sollten dann neben Redner_innen der Münchner „Republikaner“ auch Vertreter_innen der österreichischen „FPÖ“ und der rassistischen „Pro Köln/NRW“ gegen die „Europolitik der Bundeskanzlerin“ wettern. Gegen diese Veranstaltung hatten Antifa-schist_innen zu Protesten aufgerufen.

Gegen 9:30 Uhr fanden sich bei klirrender Kälte zunächst zwischen 50 und 70 Teilnehmer_innen auf einer antifaschistischen Kundgebung ein. Die Polizei war mit einem Großaufgebot vor Ort. Zudem wurden sämtliche Seitenstraßen, die in Richtung der Demonstrationsroute der Rechtspopulist_innen verliefen, abgesperrt.

Nach einigen Redebeiträgen und Musik begab sich der Großteil der Kundgebung Richtung nahe gelegenen Startpunkt des rechten Aufmarsches. Dort wartete bereits die erste Überraschung für die ankommenden Antifaschist_innen: Denn neben mehreren USK’lern und einem einzelnen verwirrten „Republikaner“ warteten dort bereits an die 100 Antifaschist_innen, die sofort zum Auftaktkundgebungsort der Rechten gegangen und nicht auf die Kundgebung gekommen waren. Zudem befanden sich noch drei Nazi-Kader des „Freien Netz Süd“ dort, unter ihnen der im Zuge des versuchten Attentats auf die Grundsteinlegung des Jüdischen Museums verhaftete und verurteilte Karl Heinz Statzberger. Nachdem sich einige Antifaschist_innen in ihre Richtung bewegten, verschwanden die Nazis in Richtung Marienplatz.

Kurz darauf wurde bekannt, dass die „Republikaner“ auf Grund ihrer desaströsen Mobilisierung – es waren nur ca. 25 Personen erschienen – den Aufmarsch abgesagt hatten und direkt auf den Marienplatz zu ihrer Kundgebung gegangen waren. Nach dieser ersten guten Nachricht nutzten die Antifaschist_innen die für den Aufmarsch der Rechtspopulist_innen geräumte Sendlingerstraße und feierten den ersten Erfolg des Tages mit einer Spontandemonstration. Lautstark zogen sie auf der Route der Rechten in Richtung Kundgebung.

Die „Republikaner“ hatten noch nicht mit ihrer Kundgebung begonnen und waren sichtlich genervt vom Auftauchen der Antifas. Zu diesem Zeitpunkt war die Kundgebung der REPs von der Polizei abgegittert worden, dennoch befanden sich einige „Republikaner_innen“ außerhalb des Käfigs und versuchten Flyer zu verteilen. Bereits kurze Zeit später hatten sie es aufgegeben, da die meisten Flyer von Antifaschist_innen entgegengenommen und fachgerecht entsorgt wurden oder die Polizei sie aufgefordert hatte, in die Absperrungen zurückzugehen, um Konfrontationen zu vermeiden. Kurz darauf gab es eine kurze Auseinandersetzung mit den wieder aufgetauchten Nazis

um Statzberger, in deren Verlauf die Nazis von Beamt_innen des USK in Sicherheit gebracht wurden und kurz darauf – nachdem sie sich auch noch mit den Polizist_innen angelegt hatten – verhaftet wurden.

Die Repulikaner ließen sich von diesen „Turbulenzen“ nicht beeindrucken und begannen mit ihren Reden. Zunächst musste der erste Redner mitteilen, dass die Redner der FPÖ leider verhindert seien und nicht kommen könnten. Die Reden wurden durchgehend von einem Buh- und Schmährufekonzert begleitet, was sowohl die Anlage als auch die Redner überforderte. Immer wieder setzte die Anlage aus oder die Redner brachen in ihren Reden ab und beschimpften die Gegendemonstrant_innen, deren Anzahl sich mittlerweile um Einiges erhöht hatte.

Nachdem vier Redner ihre Beiträge mehr recht als schlecht über die Bühne gebracht hatten, wurde noch ein bisschen Musik – eine Mischung aus scheinbar zufällig vorhandenen 90er Jahre Hit-Compilations und Volksmusik – abgespielt, dann hatten die völlig frustrierten „Republikaner“ wohl genug und brachen ihre Kundgebung rund 4 Stunden früher als geplant ab.

Ein durchaus gelungener Tag für alle Antifaschist_innen, mit für München erstaunlich vielen Handlungsspielräumen, die auch genutzt werden konnten.

antifa 23.10.2011, Quelle: indymedia ■

Erklärung der Piratenpartei zu früheren Mitgliedern der NPD

Zur Debatte um zwei Mitglieder der Piratenpartei, die zugleich frühere Mitglieder der NPD sind, halten der Bundesvorstand der Piratenpartei, die Vorstände der Landesverbände Mecklenburg-Vorpommern und Bayern fest:

„Die Piratenpartei Deutschland wendet sich entschieden gegen Rechtsextremismus in all seinen Spielarten. Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus stehen den grundlegenden Werten der Piraten konträr gegenüber. Das Gedankengut der NPD hat in unserer Partei an keiner Stelle Platz. Damit steht die Piratenpartei für den ersten Paragraphen ihrer Satzung ein. Dort heißt es über die Piratenpartei: ‚Sie vereinigt Piraten ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit, des Standes, der Herkunft, der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung und des Bekenntnisses, die beim Aufbau und Ausbau eines demokratischen Rechtsstaates und einer modernen freiheitlichen Gesellschaftsordnung geprägt vom Geiste sozialer Gerechtigkeit mitwirken wollen. Totalitäre, diktatorische und faschistische Bestrebungen jeder Art lehnt die Piratenpartei Deutschland entschieden ab.‘

Der Einsatz gegen den Rechtsextremismus in Deutschland erfordert es jedoch auch, tatsächlichen Aussteigern eine Alternative anzubieten: Wer keine Möglichkeit zur Rehabilitation sieht, ist gefährdet, in den Fängen rechtsextremer Parteien und Organisationen zu verbleiben. Den Herausforderungen und Gefahren, die darin liegen, Aussteiger als Parteimitglieder aufzunehmen, sind wir uns bewusst. Wir begegnen ihnen mit Offenheit und dem Bewusstsein, dass jeder Mensch eine zweite Chance verdient hat – aber auch mit Verantwortungsgefühl, einem sehr wachsamen Auge und der Bereitschaft, gegebenenfalls Konsequenzen zu ziehen. Wir erwarten im Gegenzug von Piraten, dass sie die Basis und die Öffentlichkeit vorbehaltlos und umfassend über ihre politische Vergangenheit informieren, wenn sie für ein Amt oder Mandat kandidieren.“

http://piratenpartei-bayern.de/ ■

Rechtskatholische Fundamentalisten mobilisieren in Paris

Die katholisch-fundamentalistische Szene in Frankreich ist von den Socken, oder besser: auf den Socken. Seit Tagen mobilisiert sie auf den Straßen gegen ein Theaterstück, das in ihren Augen angeblich „Blasphemie“ (also Gotteslästerung; in Frankreich seit 1791 nicht länger strafbar) verkörpert. Und in den kommenden Tagen dürfte ihre Mobilisierung noch weitergehen. Deren bisherigen Höhepunkt stellte eine Demonstration von rund 2000 Anhängern gegen „Christianophobie“ (also „Christenfeindlichkeit“) – ein Konzept, das jenem der Islamophobie zur Bezeichnung eines spezifischen anti-muslimischen Rassismus nachempfunden sein soll – am vergangenen Samstag, den 29. Oktober in Paris dar.

Vom 20. bis 30. Oktober dieses Jahres wurde im Pariser Théâtre de la Ville ein Theaterstück des Italieners Romeo Castelucci unter dem Namen Sul Concetto di volto nel figlio di Dio („Über das Konzept des Gesichts des Gottessohnes“) aufgeführt. Vom 2. bis 6. November wird es nunmehr noch anderswo in Paris, im Kulturzentrum Cent Quatre im 19. Pariser Bezirk – in der rue d’Aubervilliers, einer rundum von Ärmeren und Migranten bewohnten Gegend – aufgeführt.

Das Stück zeigt einen alten Vater, der Windeln trägt und seine Exkremente nicht mehr halten kann – es riecht während der Aufführung zeitweilig nach, pardon, Scheiße –, und seinen Sohn. Beide versuchen, mit dem Älterwerden und dem körperlichen Verfall fertig zu werden und ihnen ins Auge zu sehen. Zwischen beiden entspannt sich ein einfühlsamer Dialog, welcher sich vor einer Nachbildung eines großen Christusgesichts des italienischen Malers Antonnello von Messina, der im 15. Jahrhundert wirkte, unter dem Titel „Der Retter der Welt“ abspielt. Der Autor des Theaterstücks selbst betrachtete dies eher als „eine Art Gebet“ denn eine so genannte Gotteslästerung. Anders sehen es seit Tagen die katholisch-fundamentalistischen Demonstranten, die laut eigenen Worten in aller Regel das Stück selbst nie gesehen haben. Ihnen genügte die Nachricht vom, pardon, Scheißegeruch in Anbetracht des Christusbildes, um gegen eine „Beleidigung und Besudelung unserer Religion“ zu wettern und zu geifern.

Bislang war das Stück bereits in einer Reihe von Ländern (in Deutschland, Belgien, Niederlande, Norwegen, Großbritannien, in Spanien, Italien, der Schweiz, in Griechenland, im erzkatholischen Polen und in Russland) ohne jegliche Zwischenfälle aufgeführt worden. Im Juli dieses Jahres war es in Frankreich auf dem Theaterfestival von Avignon gezeigt, jedoch infolge punktueller Kritiken an einzelnen Aspekten vor seiner Aufführung in Paris nochmals abgeändert worden.

Zunächst hatte die rechtsextrem-katholische Gruppierung AGRIF gerichtlich gegen das Stück vorzugehen und ein juristisches Verbot zu erwirken versucht. Ihre Klage wurde jedoch am 18. Oktober 2011 durch ein Pariser Gericht abgewiesen. Ihr Name steht für „Allgemeine Allianz gegen den Rassismus und für den Respekt der französischen und christlichen Identität“; der erste Teil ihres Namens steht dabei ausschließlich für ihren Kampf gegen einen angeblichen „antifranzösischen, antiweißen und antichristlichen Rassismus“. Einer ihrer wichtigsten Anführer ist der frühere Europaparlaments-Abgeordnete (ab 1984) Bernard Antony, ehemals Kopf des katholisch-fundamentalistischen Parteiflügels beim Front National/FN, welcher der Partei jedoch 2006 durch Nichtzahlung seines Mitgliedsbeitrags aus Protest gegen „ideologische Aufweichung“ den Rücken kehrte.

Erstmals wurde die Aufführung am 20. Oktober d.J., dem Uraufführungstag in Paris, gestört. Bereits am Eingang machten rechtskatholische Aktivisten mit Stinkbomben und dem Einsatz von Tränengas auf sich aufmerksam. Gegen 21.30 Uhr drangen neun von ihnen aus den Reihen des Publikums auf die Bühne vor, besetzten diese, rollten ein Transparent mit der Aufschrift „Christianophobie: Es reicht!“ aus und stimmten eine Messe in Latein an. Nachdem sie trotz Aufforderung nicht freiwillig von der Bühne gegangen waren, um bis zum Ende des Stücks zu bleiben und im Anschluss zu diskutieren, rief die Theaterleitung die Polizei herbei, die zwanzig Minuten später eintraf. Nach deren Eingreifen konnte das Stück mit 45 Minuten Verspätung weitergehend. Am folgenden Abend ging es bereits beim Eintritt des Publikums los: Dieses wurde durch die Aktivisten nicht nur ausgepfiffen, sondern von einer Empore oberhalb des Eingangsbereichs aus mit Schmieröl und Eiern beworfen. Ferner wurden Flugblätter verteilt oder herabgeworfen. Das Stück konnte mit einstündiger Verspätung gespielt werden. Am darauffolgenden Tag (22.10.) kam es wiederum zu dreißig Minuten Verspätung infolge einer erneuten Bühnenbesetzung durch zwölf Aktivisten. Und an den späteren Tagen eskalierten die Dinge noch: Am Dienstag, den 25. Februar demonstrierten rund 200 bis 250 rechtskatholische Fanatiker – in zwei Gruppen, von denen eine einen Rosenkranz herunterbetete und lateinische Gebete sowie Lieder rezitierte – in unmittelbarer Nähe des Theaters. Aufgrund von Behinderungen des Zugangs griff die Polizei und nahm 140 von ihnen vorübergehend fest, um sie einer Personalienfeststellung zuzuführen. Am 26. Oktober erfuhr das Stück eine zwanzigminütige Unterbrechung, Stinkbomben wurden eingesetzt.

Zu den Störaktionen aufgerufen worden war durch die rechtskatholische Gruppierung Institut Civitas, die rund 1000 Mitglieder haben soll und der im Jahr 1970 vom fundamentalistischen Rechtsabweichler-Bischof und Kritiker der „innerkirchlichen marxistischen Subversion“ Marcel Lefebvre gegründeten Piusbruderschaft Fraternité Sacerdotale Saint Pie-X (abgekürzt FSSPX) nahe steht. Regelmäßig mit dabei waren die rechtsextremen Priester Xavier Beauvais (Vorstandsmitglied beim Institut Civitas und Bindeglied zum RF als Aktivisten-Vorhut) und Paul Aulagnier sowie der durch seinen langjährigen Kampf als militanter Abtreibungsgegner bekannt gewordene Xavier Dor.

Als „schlagender Arm“ dient der rechtskatholischen Brüdersippe dabei die seit Ende 2005 bestehende rechtsextreme Aktivistentruppe Renouveau français (RF). Diese Gruppierung, die aus jüngeren Leuten aus den wohlhabenderen westlichen Vororten von Paris besteht und einige Hundert aktive Anhänger zählen dürfte, bezieht sich positiv auf die Regime von Philippe Pétain (in Vichy), Franco in Spanien und Salazar in Portugal.

Auftrieb erhielt dieses Aktivistenmilieu als eigenständig agierendes Spektrum dadurch, dass der seinen Ideen relativ nahe stehende Kandidat um den Vorsitz des Front National – Bruno Gollnisch – gegen die jetzige Vorsitzende Marine Le Pen unterlag. So mutmaßt die liberale Pariser Abendzeitung *Le Monde*, durch ihre derzeitigen aktivistischen Umtriebe versuchten die Anhänger dieses Spektrums auch „ihre Revanche (nach dem Unterliegen innerhalb des FN) zu markieren“.

Am Samstag, den 29. Oktober kamen zwischen 1500 (laut Polizei) und „über 5000“ (laut Veranstalter) Anhänger zu einer Demonstration im Pariser Zentrum zusammen, die mit einem öffentlichen Gebet im strömenden Regen unterhalb der Statue von Jeanne d’Arc am Pyramidenplatz endete. 200 von ihnen zogen im Anschluss zum Protest vor das Stadttheater. Am letzten Aufführungstag dort, dem 30.10., waren es erneut 200 Protestierer. Und vor dem neuen Veranstaltungsort, dem Kulturzentrum Cent Quatre, ist für diesen Mittwoch (2. November) bereits eine weitere Mobilisierung angekündigt.

Seitens der katholischen Amtskirche verurteilten der Sprecher der Bischofskonferenz, Bernard Podvin, und ihr Vorsitzender – Kardinal André Vingt-Trois – die „gewalttätigen“ Aktionen. Hingegen stimmte ihnen der Bischof im bretonischen Vannes, Monseigneur Centène, in einem die Aktivisten ermutigenden Brief an das Institut Civitas ausdrücklich zu.

Bernhard Schmid, Paris ■

Massenpetition gegen Deutsche Bahn AG

Internationale Gerichtsverfahren absehbar

Zu einer Massenpetition an den Deutschen Bundestag und zu gemeinsamen Protesten von EU-Parlamentariern aus den Deportationsgebieten der früheren „Reichsbahn“ ruft der „Zug der Erinnerung“ auf. Die zivilgesellschaftliche Organisation wurde von der EU-Kommission wegen ihres „vorbildlichen bürgerschaftlichen Engagements“ 2010 ausgezeichnet. Der Aufruf richtet sich auch an die Öffentlichkeit in Frankreich, Polen, in Italien, Griechenland und in den Ländern der ehemaligen UdSSR.

„Sämtliche Vermittlungsversuche zugunsten des Gedenkens und für praktische Hilfe an die überlebenden Opfer der NS-Deportationen mit der ‚Reichsbahn‘“ seien „gescheitert“, heißt es in einer mehrsprachigen Erklärung des „Zug der Erinnerung“. Er fährt seit über vier Jahren mit einer rollenden Ausstellung an europäische Bahnhöfe, die Orte der „Reichsbahn“-Deportationen in die NS-Lager waren. „Das Vorgängerunternehmen der heutigen Deutschen Bahn AG hat 3 Millionen Menschen aus ganz Europa in den Tod transportiert. Den Verpflichtungen, die dieses Massenverbrechen zur Folge haben, versucht sich die DB AG nicht nur zu entziehen. Sie nimmt dafür erneut Geld ein“, schreibt der „Zug der Erinnerung“.

So verlange die DB AG für das Gedenken an die Verbrechensopfer seit Jahren hohe Gebühren. „Allein seit 2009“ habe die DB vom „Zug der Erinnerung“ „über 50 Tausend Euro eingezogen (Nutzung von Schienen und technischen Bahnanlagen)“. Eine Rückzahlung, die Gegenstand von Vermittlungsgesprächen jüdischer Organisationen war, hat die Deutsche Bahn AG in einem Schreiben vom 26.9.2011 jetzt definitiv abgelehnt.

Ihre Finanzforderungen für das Gedenken an die Opfer der „Deutschen Reichsbahn“ begründet die DB AG mit „europäischen Gesetzen“. Zur Erhebung von Gebühren sei das größte europäische Logistikunternehmen „verpflichtet“. Dazu heißt es in einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages, diese Rechtsauffassung sei „zweifelhaft“ (Aktenzeichen WD 7 - 3000 - 135/10). Eine alternativlose Verpflichtung, das Andenken an die ermordeten NS-Deportierten mit Gebühren zu belegen, bestehe nicht.

„Inzwischen lehnt die DB AG selbst Kooperationen zur Ehrung prominenter jüdischer Deportierter ab“, erklärt der „Zug der Erinnerung“. Der Appell für ein gemeinsames Gedenken an den deutschen Fußballnationalspieler Julius Hirsch, einen in Auschwitz ermordeten „Reichsbahn“-Deportierten, sei von der DB AG jüngst zurückgewiesen worden („keine finanzielle Unterstützung“). Die DB AG übe einen faktischen Boykott aus.

„Unser Aufruf zu Massenpetitionen an den Deutschen Bundestag und für Aktivitäten der EU-Parlamentarier gilt nicht allein den Toten; ebenso dringlich ist es, den Überlebenden der ‚Reichsbahn‘-Verbrechen Genugtuung widerfahren zu lassen“, erklärt der „Zug der Erinnerung“.

Da sich die DB AG und ihre Eigentümerin konstant weigere, das Erbe aus den „Reichsbahn“-Deportationen an die Opfer zurück zu zahlen, seien internationale Gerichtsverfahren „absehbar und unvermeidlich“. Entsprechende Prozesse („class action“) werden in den USA vorbereitet.

Nach einem Gutachten des „Zug der Erinnerung“ nahm die „Deutsche Reichsbahn“ bei den Deportationsverbrechen mindestens 445 Millionen Euro heutiger Währung ein. Einschließlich Zinsen beträgt die Deportationsschuld demnach über 2 Milliarden Euro. Von dieser Schuld habe die DB AG „noch nicht einmal 0,1 Prozent“ beglichen. Das Unternehmen „rühmt sich angeblicher Spenden, bei denen es sich um Bruchteile der tatsächlichen Verbrechenserbschaft handelt“, heißt es in der Erklärung des „Zug der Erinnerung“.

Der „Zug der Erinnerung“ bittet die deutsche Öffentlichkeit, den Petitionsausschuss des Bundestages anzurufen, da sich die DB AG in öffentlichem Eigentum befindet. Auf internationaler Ebene regt der „Zug der Erinnerung“ eine gemeinsame Initiative aller EU-Parlamentarier an, „die das Massenverbrechen der ‚Reichsbahn‘-Deportationen und das millionenfache Leiden der ermordeten Mitbürger nicht vergessen haben.“

Pressemitteilung vom 19.10.2011
www.zug-der-erinnerung.de ■

Per la Vita: Bejarano & Microphone Mafia | Nic Knatterton & Johanna

Per la Vita – ein ungewöhnliches musikalisches Projekt stellt sich vor: Orient trifft Okzident, die Jüdin den Moslem, die Atheistin den Christen, Süd trifft Nord, alt trifft jung, Frau trifft Mann, Tradition trifft Moderne, Folklore trifft Rap, die Familie Bejarano trifft Microphone Mafia – und alle arbeiten gleichberechtigt nebeneinander.

Freitag, 4. November 2011, Einlass 20.00, Beginn 21.00, Musikbunker, Aachen, Goffartstr. 26

Veranstaltet wird das Konzert durch die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) im Rahmen des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“

Der Eintritt ist frei!

Das Konzert ist Teil der Veranstaltungsreihe zum Gedenken an die Progromnacht am 9. November 1938.

Esther Bejarano ging durch die Hölle von Auschwitz und Ravensbrück, ihre Kinder Edna und Joram konnten und können den ungebrochenen Antisemitismus in der bundesdeutschen Mehrheitsgesellschaft am eigenen Leibe spüren. Ihr Programm „Lider far’s Leben“ besteht zu einem Teil aus Liedern in jiddischer Sprache, die in den Ghettos und KZs entstanden sind. Rosario Pennino, Kultu Yurtseven und Önder Bardakci sind typische „Jugendliche mit Migrationshintergrund“: aufgewachsen im Kölner Arbeiterviertel wurden und werden sie zeitlebens mit Rassismus konfrontiert. Ihre Erfahrungen verarbeiten sie in ihren Musikstücken. In das Projekt „Per La Vita“ – Für das Leben – fließen sehr unterschiedliche Erfahrungen ein. Diese brachten die Bejaranos und Microphone Mafia in der Gegenwart zusammen, um sie mit anderen zu teilen, aus ihnen zu lernen und gemeinsam für eine bessere Zukunft einzutreten.

Unterstützt werden die Bejaranos und Microphone Mafia von „Nic Knatterton & Johanna“ (Hiphop aus Aachen), die den Abend musikalisch eröffnen.

Frankreich: 50. Jahrestag des rassistischen Massakers vom 17. Oktober 1961

In der letzten Ausgabe der AN kündigten wir für Montag, den 17. Oktober dieses Jahres – also nach unserem Redaktionsschluss – eine Demonstration zum fünfzigsten Jahrestags des schlimmsten Polizeimassakers an friedlichen Demonstranten in der Geschichte Westeuropas an. Es ging darum, den rund 300, mitten in Paris ermordeten Algeriern vom Herbst 1961 zu gedenken.

Der mörderische Polizeieinsatz fand statt, nachdem 20 000 bis 30 000 Nordafrikaner, die damals in Bidonvilles („Kanisterstädte“) genannten Slums rund um Paris lebten, in der Hauptstadt friedlich gegen die über alle Algerier verhängte Ausgangssperre protestieren wollten. Jene war am 5. Oktober 1961 per Kabinettsbeschluss verhängt worden und verbot allen Algeriern, sich ab 20.30 Uhr und bis zum frühen Morgen auf der Straße oder öffentlichen Plätzen aufzuhalten. Ferner war ihnen, auch tagsüber, die „Ansammlung“ von mehr als drei Personen verboten. Die politische Verantwortung für diese Beschlüsse trugen Premierminister Michel Debré und Innenminister Roger Frey. Tatsächlich ist also nicht allein der damalige Polizeipräfekt von Paris, der berüchtigte Maurice Papon – der sich bereits unter dem Pro-Nazi-Kollaborateursregime in den Jahren 1942 bis 1944 beim „Abtransport“ von Juden hervorgetan hatte –, dafür politisch verantwortlich. Zwar trägt die Ausführung des Massakers zum Gutteil seine Handschrift, doch wurde er explizit politisch gedeckt. Männer wie Michel Debré versuchten, indem sie die algerische Einwanderungsbevölkerung offen terrorisierten, die damals laufenden Verhandlungen über eine Beendigung des Kolonialkriegs in Algerien (1954 bis 1962) zu sabotieren und durch eine Eskalation platzen zu lassen, indem sie den FLN (Front de libération nationale, d.h. die antikoloniale „Nationale Befreiungsfront“) buchstäblich bis aufs Blut provozierten. In ihren Augen, und denen eines Teils der Rechten, ging der „realpolitisch“ räsonnierende und agierende Staatspräsident Charles de Gaulle damals in den Verhandlungen mit dem FLN und potenziellen Zugeständnissen an ihn schon viel zu weit. Michel Debré hatte kurz zuvor seinen Justizminister Edmond Michelet, welcher aus der Résistance kam und gegen Folter im Algerienkrieg opponiert hatte, aus dem Amt gejagt.

Damals, 1961, hatte das Polizeimassaker vom 17. Oktober zu ersten Reaktionen seitens der Linken geführt: In der letzten Oktoberwoche jenes Jahres fand eine ungenehmigte Kundgebung vor dem Panthéon (gegenüber der Sorbonne) statt, zu der Studierende aufgerufen hatten, die sich – wie in der Illegalität – durch vorherige Treffen an geheim gehaltenen Verabredungsorten versammelt hatten. Die Französische kommunistische Partei rief zu Protestaktionen in jenen Betrieben, wo „Franzosen und Algerier gemeinsam arbeiteten“, auf. Am 1. November j. J. fanden gleich zwei Aktionen statt: Eine Kundgebung auf der Place Maubert im Quartier Latin, an welcher u.a. der engagierte Philosoph Jean-Paul Sartre teilnahm – und eine Demonstration des linkssozialistischen PSU (Parti socialiste unifié, „Vereinigte sozialistische Partei“) im Norden von Paris. Trotz Verbots konnte die Demonstration mit mehreren Tausend TeilnehmerInnen, von der Place de Clichy aus unter Rufen wie „Nein zum Rassismus!“ losziehen. Später wurde die Erinnerung daran jedoch durch jene an ein anderes Polizeimassaker verdrängt, jenes vom 8. Februar 1962 an der Métrostation Charonne im 11. Pariser Bezirk. Dabei wurden neun Angehörige von französischer KP und CGT getötet, das jüngste Opfer war fünfzehn Jahre alt – zuvor hatten sich im Laufe des Winters 1961/62 die Mobilisierungen der Linken verbreitert, in Reaktion auf die Attentate der rechten Terrororganisation OAS, welche gegen den sich abzeichnenden Rückzug aus Algerien mordete und bombte.

Erst seit 1991 – zunächst zaghaft –, und massiv ab diesem Jahr, kam auch die Wahrheit über den 17. Oktober 1961 unter den Augen einer breiteten Öffentlichkeit ans Tageslicht. Am 19. Oktober dieses Jahres kam der Film Ici on noie les Algériens („Hier ertränkt man die Algerier“, so lautete eine 1961/62 durch einen jungen KP-Anhänger gemalte Parole am Seineufer) von Yasmina Adi in eine Reihe französischer Kinos. In ihm kommen sowohl ehemalig Polizisten und Protagonisten der Pariser Rechten von 1961 – namentlich der berüchtigte Alex Moskovitch – zu Wort als auch damalige Demonstranten, ihre Hinterbliebenen, oder zum Abtransport der Tausenden Verhafteten in die Internierungslager (Sportpalast an der Porte de Versailles, Stadtwald Bois de Vincennes) dienstverpflichtete Busfahrer. Einen der Höhepunkte bildet die Aussage eines damals in einer Pariser Psychiatrie beschäftigten Arztes. Damals wollte die Staatsmacht jene algerischen Frauen, die zwei Tage nach dem Polizeimassaker in Paris für die Wahrheit über den Verbleib ihrer Männer, Väter oder Brüder demonstrierten und von denen 960 oder 980 verhaftet wurden, zwangsweise in psychiatrische Anstalten einweisen. Doch der Arzt berichtet, wie die Polizei am Vordereingang auf Nachrichten von den solcherart Internierten wartete – und das Pflegepersonal, das „sich in seiner überwiegenden Mehrheit in seiner Haltung einig war“, diese unterdessen gerade durch den Hintereingang befreite.

→

17. Oktober 2011

Bei der diesjährigen Demonstration wurden, wie angekündigt, 300 Pappschilder mit den Namen der bekannten Opfer oder von im Herbst 1961 „Verschwundenen" vorangetragen. Manche von ihnen waren damals „vermisst" gemeldet worden, manch andere waren auch schon im September 1961 oder erst im November 1961 erdrosselt, ertränkt oder erschlagen worden: Der rassistische Polizeiterror jener Periode konzentrierte sich zwar auf den Zeitraum rund um den 17. Oktober 1961 (die Demonstration und die Misshandlung der rund 12 000 an jenem Tag internierten Gefangenen), erschöpfte sich aber nicht auf ihn. Im Übrigen wurden vierzig bis fünfzig unidentifizierte Leichen von Nordafrikanern, die südöstlich von Paris – d.h. in der Nähe des Internierungslagers im Stadtwald Bois de Vincennes – aus der Seine gefischt worden waren, in Thiais (südöstlich von Paris) auf einem „moslemischen Eck" des dortigen Friedhofs anonym bestattet.

Von den Grünen über die radikale Linke bis zu den großen Gewerkschaftsverbänden CGT und CFDT sowie Migrantenvereinigungen riefen unterschiedliche Kräfte zu der Demonstration auf. Tatsächlich waren auch GewerkschafterInnen von CGT, aber auch CFDT sowie der linken ‚Union syndicale Solidaires' sichtbar vertreten.

Die Angaben zur Teilnehmerzahl klaffen zwischen „2 500 bis 3 000"[1] und „über 8 000"[2] auseinander. Die Wahrheit dürfte wie immer irgendwo dazwischen liegen. Über 4 000 Menschen waren es jedenfalls, die an jenem Tag stundenlang durch die Abenddämmerung demonstrierten. Die TeilnehmerInnen führten (einzelne) französische und eine Reihe von algerischen Fahnen mit und forderten „Wahrheit und Anerkennung". Unter den Demonstrierenden wurde eine gemeinsame Erklärung von UFJP (Union der französischen Juden für den Frieden), ATMF (Verband von Arbeitsmigranten aus dem Maghreb) und FTCR (Vereinigung der Tunesier für Bürgerrechte auf beiden Ufern des Mittelmeers) verteilt.

Im Anschluss hielten Prominente wie u.a. der engagierte Historiker Olivier La Cour Grandmaison (Spezialist für die Kolonialära und Kolonialverbrechen), der linke Journalist Edwy Plenel und der Zeitzeuge des Algerienkriegs, damalige Soldat und heutige antirassistische Aktivist Henri Pouillot ihre Ansprachen. Als Augenzeuge des Massakers vom 17. Oktober 1961 sprach der damalige Renault-Arbeiter (und frühere Widerstandskämpfer) Henri Benoît.

Er berichtete, wie fünf Gewerkschafter – drei von der damals „kommunistischen" CGT und zwei von der „christlichen" CFTC – als Abordnung von „europäischen" Beobachtern ausgewählt worden seien, die die Demonstration vom 17.10. 1961 damals begleiteten. Denn bei Renault seien die Gewerkschaften mit zahllosen algerischen Arbeitsimmigranten als ihren Kollegen in Berührung gekommen und seien somit auch mit ihren Organisationen im Kontakt gestanden. Ohnmächtig hätten er selbst und seine jetzige Frau vor dem Cinéma Rex den Gewaltausbrüchen der Pariser Polizei an

jenem Abend zusehen müssen, während sie nichts tun konnten, aber als „Weiße" durch die Schläger und Mörder in Uniform verschont blieben.

(Der spätere antikolonialistische Verleger François Maspero, welcher als junger Mann zusammen mit Freunden ebenfalls als Beobachter am Rande des Boulevard Saint-Michel stand, berichtete, ein Befehlshaber der Polizei habe seinen Männer sogar zugerufen: „Nicht die Weißen!" Dies habe ihm unfreiwillig Kopf & Kragen gerettet, nachdem sein Begleiter begonnen habe, die wie besinnungslos prügelnden Polizisten eifrig zu beschimpfen.)

Henri Pouillot und der Historiker La Cour Grandmaison berichteten bei der Kundgebung ihrerseits von der Offensive der regierenden Rechten, die am 23. Februar 2005 ein Gesetz zur ideologischen Aufwertung der französischen Kolonialvergangenheit („eine einmalige Sache in einer europäischen Demokratie", betonte La Cour Grandmaison) verabschieden ließ. Auf der Grundlage des Artikels 3 dieses heftigen umstrittenen Gesetzes wurde am 10. Oktober 2010 im Invalidendom eine „Stiftung zum Gedenken/Gedächtnis an den Algerienkrieg" eingerichtet, bei welcher frühere Offiziere des Kolonialkriegs (drei von ihnen stritten in einem Aufruf von 2001 jegliche französische Verbrechen in dem Zusammenhang ab) und Anhänger der rechten Terrororganisation OAS die Klinke in die Hand geben. Mit leicht heiserer Stimme berichtete die frühere Anwältin Nicole Rein, die zusammen mit KollegInnen eines Anwaltskollektivs 1961 über 50 Strafanzeigen wegen Mordes oder Folterungen gegen Unbekannt erstattet hatte, wie die zuständigen Staatsorgane keiner einzigen von ihnen nachgingen. Während Folterungen im ‚Dépôt' – dem Untergeschoss des Pariser Justizpalasts, der direkt an die Polizeipräfektur grenzt – stattfanden, habe sich kein einziger Richter gefunden, der bereit gewesen wäre, „die drei Stockwerke herabzusteigen, sich selbst ein Bild zu verschaffen oder den Vorgängen ein Ende zu setzen."

Zuvor hatten an jenem Montag, um 12 Uhr mittags, der Pariser Bürgermeister von Bertrand Delanoë und der algerische Botschafter in Frankreich zusammen einen Kranz an der Saint Michel-Brücke niedergelegt. Und der frisch designierte Präsidentschaftskandidat der französischen Sozialdemokratie, François Hollande, hatte um 11 Uhr am Pont de Clichy – einer der Seinebrücken an den Eingängen von Paris, auf der es an jenem Tag die ersten Todesopfer gegeben hatte – einige Rose in die Seine geworfen. Er wurde von dem Historiker Benjamin Stora, einem der bekanntesten Algerienspezialisten und Kenner des französischen Algerienkriegs, begleitet.[3]

Hingegen erklärte der rechte französische Innenminister Claude Guéant – Sarkozys Mann fürs Grobe und für die Staatsräson, eine eiskalte Type, die auch Deportationen anordnen würde, falls man es von ihr verlangen würde -, Frankreich müsse „sich zwar seiner Vergangenheit stellen", aber habe „bestimmt nicht um Entschuldigung zu bitten"[4].

Das, nun ja, Schlusswort geben wie dem rechten Idioten, pardon: Fernsehjournalisten Eric Zemmour, welcher sich in diesem Jahr mit dem linken Journalisten Edwy Plenel im Fernsehen über die Bewertung des 17. Oktober 1961 stritt. Seine Ausführungen („ich danke der französischen Kolonisierung" – in Algerien -, „weil sie mich zum Franzosen gemacht hat") können auszugsweise auf einer rechtsextremen Webseite angehört werden.[5]

Bernhard Schmid, Paris ■

1 Lt. ‚Tout est à nous', Wochenzeitung des Nouveau Parti Anticapitaliste (NPA).
2 Lt. Henri Pouillot vom MRAP.
3 Vgl. http://www. lemonde.fr/politique/article/2011/10/17/hollande-rend-hommage-aux-algeriens-morts-en-1961_1589233_823448.html#ens_id=1586465
4 Vgl. http://www.lexpress.fr/actualite/politique/l-etat-n-est-pas-pret-a-s-excuser-pour-le-17-octobre-1961_1041587.html und http://www.lefigaro.fr/actualite-france/2011/10/17/01016-20111017ARTFIG00634-manifestations-a-paris-en-memoire-du-17-octobre-1961.php
5 http://www.ndf.fr/en-avant/29-10-2011/zemmour-je-remercie-la-colonisation-parce-quelle-mafait-francais?utm _source=feedburner&utm_medium=email&utm_campaign=Feed%3A+ndf-fr+%28Nouvelles+de+France%29

Aktionstag gegen Flüchtlingslager und Residenzpflicht

Erfurt. Mit dem Ziel, die Isolation der Flüchtlinge durch selbstorganisierte Strukturen zu durchbrechen, veranstaltete The VOICE Refugee Forum Jena und das Break Isolation! – Bündnis Thüringen am 22. Oktober 2011 einen Aktionstag in Erfurt. Zentrale Forderungen waren die Schließung aller Flüchtlingslager sowie die Abschaffung der Residenzpflicht. Während einer Dauerkundgebung am Erfurter Anger berichteten FlüchtlingsaktivistInnen aus allen Regionen Thüringens über entwürdigende, isolierende und menschenfeindliche Alltäglichkeiten eines Lebens im Lager und unter Kontrolle der Ausländerbehörden. Sie forderten

insbesondere die Schließung der Lager in Zella-Mehlis, Gerstungen und Breitenworbis. Um ein Flüchtlingsnetzwerk aufzubauen, haben sie vor einigen Monaten angefangen, sich im Rahmen von The VOICE zu organisieren. Während der Kundgebung wurden eine Infozeitung und Flugblätter verteilt. Zudem gab es eine Fotoausstellung des Umbruch-Archivs zu den Residenzpflichtprotesten 2001 zu sehen und eine weitere Ausstellung zu Lagern und Residenzpflicht heute in Thüringen.

Ab 14 Uhr begann die Demo am Hauptbahnhof, zu der sich mittlerweile mehrere hundert Menschen eingefunden hatten. Aus dem Karawane-Netzwerk waren Gruppen aus Hamburg, Hannover, Wolfsburg, Gifhorn, Bramsche, Wuppertal, Wittenberg, Halle, Berlin und Stuttgart angereist. Aus allen größeren Städten Thüringens waren AktivistInnen und linke Gruppen gekommen.

Lautstark wiesen FlüchtlingsaktivistInnen im Verlauf der Demo auf die tödliche Realität der kapitalistischen Weltordnung hin, die Menschen zur Flucht zwingt, sie aber allerorts mit weiteren Ausgrenzungs- und Verfolgungsmechanismen bedroht. Sie riefen zur Solidarisierung mit dem Flüchtlingswiderstand auf, da der Kampf um die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen letztendlich der Kampf um die Rechte aller ist. Darüber hinaus wurde einigen Todesopfern des rassistischen Systems der BRD gedacht, u.a. Ruslan Polubiatka, Mohammed Sila, Shambu Lama und Michael Kelly, die in den Tod getrieben oder mit Krankheiten allein gelassen wurden.

Die Abschlusskundgebung am Anger füllte eindrucksvoll der 19-jährige Mc Nuri aus Niedersachsen mit Rapmusik. Seine Lieder spiegeln das Leben in Unsicherheit, Kontrolle und Schikane wieder, das er seit einem Jahrzehnt hier in Deutschland leben muss. Seine Botschaft an alle Flüchtlinge: Lasst euch nicht unterdrücken und uns gemeinsam für unsere Freiheit kämpfen!

Bildgalerie ansehen: http://www.umbruch-bildarchiv.de/bildarchiv/ereignis/221011break_isolation.html

The Voice Refugee Forum Jena ■

Aktionstage während der Innenministerkonferenz

Wiesbaden. Vom 7. bis zum 9. Dezember 2011 soll in Wiesbaden die nunmehr zweite „Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder“, kurz Innenministerkonferenz (IMK), stattfinden. Hiergegen ruft ein linkes Bündnis zu massiven Protesten auf.

Die Innenministerkonferenz sei schließlich „ein Instrument zur Sicherung kapitalistischer Herrschaft“ und treibe „repressive Maßnahmen zur vermeintlichen Reduzierung von Sicherheitsrisiken voran“, so Antoine Häusler, Pressesprecherin des Vorbereitungsbündnisses gegen die IMK. Die Innenministerkonferenz berät über die Ausrichtung deutscher Innenpolitik. Hierzu zählen konkret sicherheitspolitische und bevölkerungspolitische, aber auch migrationspolitische Themen. Jene Themen würden, so Häusler weiter, „stets unter den Aspekten der inneren Sicherheit des Wirtschaftsstandort Deutschland verhandelt“.

Dass die Sicherheit des Wirtschaftsstandort Deutschland jedoch keineswegs die Sicherheit der Menschen bedeute liegt für Häusler auf der Hand: „Gesellschaftlicher Reichtum eines Standorts wird stets auf dem Weltmarkt gegen andere Standorte herbeikonkurriert: Die gute Stellung des eigenen Standorts bedeutet meist die wirtschaftliche Deklassierung anderer Standorte. Und auch im nationalen Rahmen darf die alleinige „Zugehörigkeit“ zu einem auf dem Weltmarkt erfolgreichen Standort nicht automatisch ein gutes Leben vermuten lassen. Es ist lediglich besser als das der Anderen.“ Dies läge an der strukturellen Einrichtung der kapitalistischen Gesellschaft: Sie bringe „tagtäglich – entgegen ihrer eigentlichen Möglichkeiten – Armut, Ausbeutung, Leistungsterror, Ausgrenzung; schlichtweg ein Leben in beschissenen Verhältnissen“ hervor.

Mit der Demonstration wolle man eine ausdrucksstarke Kritik an der IMK an die Öffentlichkeit tragen. Allerdings, so fügt Häusler hinzu, gälte es die Aktionstage vom 5. bis hin zum 9. Dezember nicht außer Acht zu lassen: „Hier werden wir mit dezentralen Aktionen, aber auch inhaltlichen Veranstaltungen, auf unsere Kritik aufmerksam machen.“

3. Dezember 2011: Bundesweite Demonstration gegen die Innenministerkonferenz
5.-9. Dezember 2011: Dezentrale Aktionstage gegen die IMK
Aktuelle Informationen zur Mobilisierung finden sich auf http://imkwiesbaden.blogsport.de

■

Flüchtling stirbt nach Krankheit unbemerkt im Lager

Thüringen.Wie erst jetzt bekannt wurde, starb der afrikanische Flüchtling Michael Kelley vor wenigen Wochen im Flüchtlingslager Gerstungen unter bislang völlig ungeklärten Umständen. Erst nach 10 Tagen wurde man auf den Verwesungsgeruch aufmerksam und fand schließlich seine Leiche in seinem Zimmer. Der Flüchtlingsrat fordert die lückenlose Aufklärung des Vorfalls:

„Nach den uns vorliegenden Informationen war der Mann sehr krank und zuvor auch in stationärer Behandlung. Welche Krankheit der Mann hatte, ist nicht bekannt. Ungeklärt ist auch, ob und welche anschließende medizinische Behandlung erfolgte. Ebenfalls offen ist die Frage, wie seine Frau und sein Kind in Spanien verständigt wurden. Auch die Tatsache, dass er so lange unbemerkt in seinem Zimmer liegen konnte, wirft Fragen auf. Nach den uns vorliegenden Informationen war auch die Polizei bereits vor Ort. Die Flüchtlinge im Lager sind verunsichert, da auch sie keine Informationen zu den tatsächlichen Todesumständen erhalten haben."

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen 6.10.2011

Bremen schafft Sippenhaft ab

Bremen. Im Bremer Erlass e10-09-03 vom 17.9.2010 war eine Aufenthaltsgewährung für „gut integrierte" Jugendliche geregelt. Nachdem im Juli 2011 eine entsprechende Aufenthaltsgewährung auf Bundesebene eingeführt worden war (§ 25a AufenthG), hatte Innensenator Mäurer (SPD) den Bremer Erlass ersetzt. Im neuen Erlass e11-07-01 vom 19.7.2011 war die neue Bundesgesetzgebung berücksichtigt, doch wollte Mäurer auch weiterhin auf zwei Ergänzungen nicht verzichten: Sippenhaft und Doppelbestrafung. Jetzt überraschte Mäurer mit einem erneuten Erlass (e11-10-01 vom 5.10.2011), der den nur drei Monate alten Erlass ersetzt hat. Die neue Regelung verzichtet auf die bisher bestehende Sippenhaft: Ausgeschlossen waren Menschen, deren „Familienangehörige in erheblichem Maße strafrechtlich in Erscheinung getreten sind". Zurückgerudert ist Mäurer auch bei der Doppelbestrafung. Bisher galt: Wer vom Staat schon einmal bestraft wurde, war von der Aufenthaltsgewährung nach dem Erlass ausgeschlossen, wurde also noch einmal bestraft. Der neue Erlass fordert nun keine „Straffreiheit" mehr, nennt jedoch als Kriterium „strafrechtliche Vorbelastungen". Die Doppelbestrafung bleibt also erhalten. Noch dazu öffnet die schwammige Formulierung der Willkür seitens der Ausländerbehörde Tür und Tor. *Quelle: Flüchtlingsinitiative Bremen e.V. 21.10.2011* ■

Bundesratsinitiative Bleiberecht aus Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein bewegt sich etwas in Hinblick auf eine neue Bleiberechtsregelung! Noch in diesem Jahr wird das Land dem Bundesrat eine Initiative für die Novellierung des Aufenthaltsrechts vorstellen: als § 25b soll ein neuer Aufenthaltszweck ins Aufenthaltsgesetz eingefügt werden, damit integrierte Geduldete eine Aufenthaltserlaubnis erhalten können. Damit wäre eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung erreicht.

In der Diskussion sind momentan ein Eckpunktepapier des Landesministeriums für Justiz, Gleichstellung und Integration (diesem Ministerium in Schleswig-Holstein der Bereich Ausländerangelegenheiten, der in den anderen Ländern im Innenministerium angesiedelt ist) sowie ein Antrag der CDU-FDP-Landtagsfraktionen.

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. und der PARITÄTISCHE SH e.V. haben eine Stellungnahme zur geplanten Regelung herausgegeben, in der wir insbesondere hinsichtlich der Forderung nach eigenständiger Lebensunterhaltssicherung auf die Erfahrungen unseres Netzwerks „Land in Sicht! – Arbeit für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein" eingehen.

Trotz aller Befürchtungen, dass diese Bleiberechtsregelung wieder zu restriktiv ausgestaltet werden könnte, ist der Vorstoß für eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung begrüßenswert. Mit Gesprächen mit der Politik vor Ort könnte in den Bundesländern der Boden bereitet werden für eine erfolgreiche Bundesratsinitiative, mit Hilfe derer zumindest einige Schwachstellen bisheriger Altfallregelungen überwunden werden könnten.

Quelle: Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein 17.10.2011 ■

„Für eine neue Bleiberechtsregelung!"

Appellieren Sie mit PRO ASYL an die Innenminister: Nehmen Sie teil an der Online-Aktion
www.proasyl.de/de/home/aktion-fuer-ein-neues-bleiberecht/

Zwei Bleiberechtsregelungen, ein Verlängerungsbeschluss, eine Bleiberechtsregelung für Jugendliche – und immer noch leben 75.000 Menschen seit mehr als sechs Jahren ohne Aufenthaltsrecht in Deutschland. Sie alle bleiben von den bisherigen Regelungen ausgeschlossen – aus absurden und inhumanen Gründen: Für das geltende Bleiberecht sind sie zu alt, zu jung, zu arm, zu krank.

Am 8. und 9. Dezember 2011 tagen die Innenminister der Bundesländer. Das Thema Bleiberecht muss dort auf die Tagesordnung! Wir fordern die Innenminister auf, eine Regelung zu schaffen, die den vielen Menschen ohne sicheren Aufenthalt endlich eine Lebensperspektive bietet.

Wer lange hier lebt, muss bleiben dürfen! Alte, kranke und arme Menschen dürfen vom Bleiberecht nicht ausgeschlossen werden! Die Innenminister müssen endlich zu einer humanen, großzügigen Lösung kommen!

Bitte unterstützen Sie unser Anliegen, beteiligen Sie sich an unserer E-Mail-Aktion: „Für eine neue Bleiberechtsregelung!" Bitte machen Sie auch Ihre Freunde und Bekannte auf diese Aktion aufmerksam. *www.proasyl.de* ■

Stadt Köln fördert Beratung von Menschen „ohne Papiere"

Köln. Nachdem der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen auf der Grundlage der 2007 veröffentlichten Studie der Universität Osnabrück „Menschen ohne Papiere in Köln" Handlungsempfehlungen entwickelte, um die Lebensbedingungen von Menschen „ohne Papiere" zu verbessern, erfüllt nun die Stadt Köln einen Teil dieser Empfehlungen und fördert erstmals sowohl die Beratung als auch das sog. Armenbett.

Dazu Claus-Ulrich Prölß vom Kölner Flüchtlingsrat: „Der Anfang ist gemacht. Das Kölner Beispiel ist in dieser Form einzigartig in Deutschland. Zu hoffen ist, dass der Bund und die Länder erkennen, dass die aus der Menschenwürde abgeleiteten Rechte auch für Illegalisierte gelten. Wir brauchen endlich ein Amnestiegesetz und für die Betroffenen begehbare Wege in die Legalität."

Aufgrund eines Beschlusses des Finanz- und Sozialausschusses der Stadt Köln werden 60 000 Euro aus der Kulturförderabgabe bereit gestellt. Bislang musste die Beratung von Papierlosen größtenteils „ehrenamtlich" durchgeführt werden, weil sie im Rahmen öffentlicher Zuwendungen wie z. B. von Landesmitteln oder des Europäischen Flüchtlingsfonds nicht refinanzierbar war.

Ein Netzwerk von insgesamt fünf Trägern stellt die Beratung von Menschen „ohne Papiere" nunmehr sicher. Die Beratung betrifft u.a. Fragestellungen in Zusammenhang mit Legalisierungsmöglichkeiten, Krankheit und Schwangerschaft, Kita- und Schulbesuch, Rechten als Arbeitsnehmer/innen, familiären und per-

Kein Asylgefängnis auf dem Willy-Brandt-Flughafen in Berlin-Schönefeld!

Was würde der Flüchtling Willy Brandt dazu sagen? Auf dem neuen Großflughafen in Schönefeld wird ein Gefängnis für Flüchtlinge gebaut, deren Asylantrag im sogenannten Flughafenverfahren bearbeitet werden soll. Die Flüchtlingsräte Berlin und Brandenburg und der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein protestieren dagegen scharf.

Für Flüchtlinge, die bei der Einreise Asyl beantragen, wird auf dem neuen Groß-Flughafen Willy-Brandt ein Gefängnis gebaut – das geht aus der Antwort der Potsdamer Landesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hervor.[1] Die Landesregierung rechnet mit 300 Fällen pro Jahr. Die Hafteinrichtung soll 30 Plätze haben. Selbst Kinder sowie alleinreisende minderjährige Flüchtlinge sollen hier eingesperrt werden. Betreiber der Haftanstalt wird die Zentrale Ausländerbehörde Brandenburgs, die soziale Betreuung wird privatisiert und an die Wachschutzfirma B.O.S.S. übertragen; eine Ausschreibung ist nicht erfolgt. Politisch verantwortlich für Bau und Betrieb der Haftanstalt zeichnen Bundesregierung und die Länder Berlin und Brandenburg gleichermaßen, die auch den Flughafen gemeinsam betreiben.

Fragwürdig, höchst umstritten....

Mit der massiven Einschränkung des Grundrechts auf Asyl 1993 wurde gesetzlich festgelegt, dass Flüchtlinge, die am Flughafen Asyl beantragen, für das Asylverfahrens inhaftiert werden können. Eigens für sie wurde ein extrem verkürztes Asylverfahren eingeführt: Gleich nach der Ankunft werden die Flüchtlinge verhörartig nach ihren Asylgründen befragt. Binnen zwei Tagen entscheidet das Bundesamt (BAMF) über den Asylantrag. Nur binnen weiterer drei Tage können die Asylbewerber aus der Haft heraus eine schriftlich begründete Klage gegen die Asylablehnung einreichen. Wird der Asylantrag weiterhin abgelehnt, verbleiben die Asylsuchenden – ggf. über viele Monate – bis zur Abschiebung in der Haftanstalt, bis sich ein zur Rücknahme bereiter Staat findet. Als „hastig, unfair, mangelhaft" bezeichnet Pro Asyl das Verfahren nach Auswertung von Verfahrensakten aus Frankfurt/Main.[2]

Das Grundgesetz schreibt für jede Freiheitsentziehung die schnellstmögliche Überprüfung durch ein Gericht normalerweise noch am selben Tag vor, nur im Flughafengefängnis ist keine solche richterliche Haftprüfung vorgesehen. Es handle sich nämlich gar nicht um eine Inhaftierung, so die zynische Begründung des Gesetzgebers, da ein „luftseitiges Verlassen" jederzeit möglich sei.

....und umgehbar

Auf den meisten deutschen Groß-Flughäfen wird auf das extrem teure und umstrittene Flughafenverfahren verzichtet, weil es nur durchgeführt werden muss, wenn es eine geeignete Unterkunft im Sinne des Paragrafen 18a Asylverfahrensgesetz gibt. Berlin-Tegel, Stuttgart, Köln/Bonn und Hannover führen keine Flughafenverfahren durch. In Berlin-Schönefeld gab es bisher nur ein bis zwei Fälle pro Jahr. Marginal sind die Zahlen auch für Hamburg, München und Düsseldorf. Nur in Frankfurt am Main werden bis zu ca. 300 Verfahren pro Jahr durchgeführt.[3] Die Prognose von 300 Fällen pro Jahr für den Flughafen BBI Willy Brandt entbehrt somit jeder Grundlage. Offensichtlich handelt es sich um ein politisches Prestigeprojekt, für das andere Motive ausschlaggebend sind.

Die Inhaftierung Schutzsuchender und ihrer Kinder sowie die faktische Verweigerung von Rechtsschutz gegen Asylablehnungen halten wir für unvereinbar mit dem Grundgesetz und der UN-Kinderrechtskonvention. Das Flughafenasylverfahren muss aus menschenrechtlichen und rechtsstaatlichen Gründen abgeschafft werden.[4]

Wir fordern Berlin und Brandenburg sowie die Bundesregierung auf, auf Bau und Betrieb einer Haftanstalt für Asylbewerber auf dem Flughafen Willy Brandt zu verzichten. Schutzsuchenden ist wie in Berlin-Tegel die Einreise zur Durchführung eines regulären Asylverfahrens zu ermöglichen.

Gemeinsame Pressemitteilung vom 14. Oktober 2011 Flüchtlingsrat Berlin e.V., Flüchtlingsrat Brandenburg e.V., Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. ■

Anmerkungen:

1 Drs. 5/4096 v. 4.10.2011, www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab_4000/4096.pdf

2 „Hastig, unfair, mangelhaft" www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/q_PUBLIKATIONEN/Hastig_unfair_mangelhaft.pdf

3 Zahlen vgl. BT-Drs. 16/12742 http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/127/1612742.pdf

4 Vgl zur Kritik: „Die Angst gehört zu meinem Alltag", www.proasyl.info/texte/mappe/2000/41/7.pdf, „Das ist rechtswidrige Haft für Kinder" www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Ffm_Haft_fuer_Kinder.pdf, „Warum das Flughafenverfahren abgeschafft werden sollte" www.caritas-frankfurt.de/77952.html

sönlichen Krisen und auch mit Rückkehroptionen.

Das Armenbett ist die Bezeichnung eines Fonds, aus dem Kosten für den stationären Krankenhausaufenthalt erstattet werden können. Prölß: „Die städtischen Mittel kommen Menschen zu Gute, die sich in humanitären Notlagen befinden und sich nicht an öffentliche Stellen wenden können. Hier müsste die dauerhafte Finanzierung der Hilfen gewährleistet werden." Die Anzahl der Illegalisierten in Köln wird auf 5 bis 8 000 Menschen geschätzt. *Förderverein Kölner Flüchtlingsrat e.V. PM, 18.10.2011* ■

Kein zweites Blankenburg in Ofen!

Oldenburg. Nachdem das zentrale Aufnahmelager des Landes Niedersachsen Ende Juni geschlossen worden ist, richtet die Stadt Oldenburg nun den ersten zentralen Unterbringungsort für Asylsuchende auf dem Fliegerhorst-Gelände ein. Bis zu 160 Personen sollen dort zukünftig in einer Sammelunterkunft untergebracht werden. Entgegen den Verlautbarungen der Stadt, Flüchtlinge im dezentralen Wohnraum unterbringen zu wollen, nimmt sie ab Anfang November ein Lager in Eigenregie auf.

IBIS e.V. (Interkulturelle Arbeitstelle für Forschung, Dokumentation, Bildung und Beratung e.V.) lehnt die Einrichtung eines Flüchtlingslagers auf dem Fliegerhorst-Gelände ab. Ob der Unterkunftsort „Heim", „Gemeinschaftsunterkunft" oder „Lager" genannt wird – eine zentralisierte Sammelunterkunft bedeutet Zwangsvergemeinschaftung und Aufhebung der Autonomie sowie Deprivation für die untergebrachten Menschen. Dass die Unterbringung in Sammelunterkünften Flüchtlinge isoliert, ausgrenzt und krank macht, weisen Studien regelmäßig nach.

Warum die Stadt Oldenburg in dieser Frage auf das Angebot des niedersächsischen Netzwerkes Flüchtlingshilfe zur Kooperation und Bereitstellung von Expertisen nicht zurückgreift, ist vor diesem Hintergrund absolut unverständlich.

IBIS e.V. erwartet, dass die Stadt Oldenburg kein zentrales Flüchtlingslager in Betrieb nimmt und sich intensiv bemüht, dezentralen Wohnraum zu akquirieren. Öffentlichkeit, Initiativgruppen und Vereine sollten an der Begleitung der Unterbringung beteiligt werden.

Quelle: Interkulturelle Arbeitstelle für Forschung, Dokumentation, Bildung und Beratung e. V. ■

„Flottille der Solidarität“ im Mittelmeer verschoben

Die geplante Aktion, ab September aus Solidarität mit den Boats of people Schiffe der Solidarität ins Mittelmeer zu schicken, ist auf Grund von Geldmangel und aus organisatorischen Gründen auf April 2012 verschoben worden. (wir berichteten) Sie soll nun zeitgleich mit dem maghrebinischen Sozialforum in Tunesien – stattfinden. Am 18. Dezember, dem internationalen Tag der Rechte der Migrantinnen, an dem in verschiedenen Ländern Proteste und Aktionen in Planung sind, (siehe www.globalmigrantsaction.org), soll auf dezentraler Ebene versucht werden, Boats4People als euroafrikanisches Kooperationsprojekt breiter bekannt zu machen.

Spenden für das Projekt können ab sofort unter dem Stichwort „Boats of people“ auf das deutsche Konto der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration aus Berlin überwiesen werden: FFM-Berlin,Sparkasse der Stadt Berlin, Kto.-Nr.: 61 00 24 264, BLZ: 100 500 00

iko, Infos unter: http://www.afrique-europe-interact.net/ ■

Abschiebung statt Wiedersehen: Drama um getrennte Flüchtlingsfamilie

München. Die afghanische Familie Ghafari wurde auf der Flucht getrennt: Frau Rosama Ghafari und ihre 7-jährige Tochter Mohaddese verschlug es nach Ungarn, den Ehemann in die Niederlande und die beiden Söhne Morteza und Ali Reza (14 und 18 Jahre) nach Österreich und Deutschland. Nachdem Frau Ghafari es mit ihrer Tochter nach Deutschland schaffte, planen die deutschen Behörden nun Unglaubliches: Statt die Familie zusammenzuführen, sollen Tochter und Mutter nach Ungarn abgeschoben werden und wurden in Rosenheim in Ersatzabschiebehaft genommen. Dass die ungarischen Behörden sie nach Griechenland weiterschieben wollen, dass Griechenland Flüchtlinge ohne medizinische Versorgung der Obdachlosigkeit überlässt, die Frau diabeteskrank ist, ihr Sohn Ali Reza in Landshut ist und Familienzusammenführungen in Griechenland unmöglich sind, spielt für die Behörden keine Rolle.

Frau Ghafari floh gemeinsam mit ihrem Mann und ihren drei Kindern von Afghanistan nach Griechenland. Aufgrund der dramatischen Zustände für Flüchtlinge in Griechenland konnte die Familie nicht bleiben, zumal die Diabetes von Frau Ghafari in Athen nicht behandelt wurde. Doch die Weiterflucht aus Griechenland ist kompliziert und teuer. Die Familie wurde getrennt, um es zu schaffen. Der 18-jährige Sohn Ali Reza floh alleine nach Deutschland und lebt jetzt in Landshut. Nach fast einem Jahr Aufenthalt in Griechenland floh Frau Ghafari mit ihren beiden minderjährigen Kindern weiter nach Ungarn, wo sie im August dieses Jahres ankamen. Ihrem Mann gelang kurze Zeit später die Weiterreise in die Niederlande.

In Ungarn kamen Frau Ghafari und die Kinder in ein Abschiebezentrum und ihnen wurde die Überstellung nach Griechenland angedroht. Aus Angst davor, machten sie sich auf den Weg nach Deutschland. Die Schleuser trennten hierbei den 14-jährigen Morteza von seiner Mutter und Schwester. Er befindet sich heute in Österreich. Frau Ghafari und ihrer 7-jährigen Tochter Mohaddese gelang die Weiterreise nach Deutschland. Ihr Ziel war, zu ihrem Sohn nach Landshut zu kommen. Am 8. Oktober 2011 reisten sie über die deutsch-österreichische Grenze ein und wollten an einer Raststätte in Irschenberg bei der Polizei asylrechtlichen Schutz erhalten. Stattdessen wurden sie in Ersatzabschiebehaft in eine Pension nach Rosenheim gebracht, wo sie sich heute noch befinden.

Frau Ghafari und ihrer 7-jährigen Tochter droht nun die Abschiebung nach Ungarn. Von dort aus ist eine Abschiebung nach Griechenland zu befürchten. Da sich der Großteil der Familie (Mutter, Tochter Mohaddese und der erwachsene Sohn Ali Reza) nun in Deutschland befindet, ist nur hier eine Familienzusammenführung aller Familienmitglieder möglich und durchführbar. Im Falle einer Rückschiebung nach Ungarn wäre dies nicht gewährleistet.

„Eine Kettenabschiebung über Ungarn nach Griechenland ist nicht nur unzulässig, sondern auch angesichts des derzeitigen labilen Zustands von Frau Ghafari untragbar“, sagt Agnes Andrae vom Bayerischen Flüchtlingsrat. „Der Schutz von Ehe und Familie ist ein deutsches Grundrecht und ein Menschenrecht und dieses muss gewährleistet werden.“

Quelle: Flüchtlingsrat Bayern, 20.10.2011 ■

„OVG stoppt willkürlichen Wegezoll für Flüchtlinge“

Magdeburg. Unter diesem Titel gab Rechtsanwalt Gerloff, der den politischen Aktivisten Komi E. im Revisionsverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht in Magdeburg vertrat, das Ergebnis der Verhandlung bekannt: „Das Magdeburger Oberverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt hat heute (26.10.) entschieden, dass es keine Grundlage für die Erhebung einer Gebühr für so genannte Verlassenserlaubnisse gibt.“

Asylbewerber und „Geduldete“ unterliegen der Aufenthaltsbeschränkung. Sie dürfen den Landkreis oder das Bundesland nicht ohne Erlaubnis verlassen. Für die Erteilung einer solchen haben einige Ausländerbehörden eine Gebühr von 10,– Euro erhoben. Bereits das Verwaltungsgericht Halle hatte im Februar 2010 die Gebühr für rechtswidrig erklärt. Das OVG hatte nun über die Berufung der Ausländerbehörde zu entscheiden.

Die Rechtsgrundlage, auf die sich die Ausländerbehörde im Verfahren berief, besagt, dass für „sonstige Bescheinigungen auf Antrag“ eine Gebühr von 10,– Euro zu erheben ist. Da nun die Erlaubnis den Landkreis zu verlassen, von ihr zu erteilen ist, müsse – so die Logik der Behörde – von ihr eine „sonstige Bescheinigung“ darüber erstellt und dafür die 10,– Euro Gebühr erhoben werden. Dabei verfing sich die Ausländerbehörde in ihrer eigenen Willkürpraxis, indem sie vorbrachte, dass die Gebühr nur bei privaten Reisen erhoben werde und demgegenüber etwa bei Arzt- und Anwaltsbesuchen nicht.

Die Rechtsgrundlage zur Gebührenerhebung für „sonstige Bescheinigungen auf Antrag“, auf die sie die Erhebung der „Verlassensgebühr“ stützte, sieht indes

vor, dass diese zwingend zu erfolgen hat. Damit führte die Ausländerbehörde abermals vor, dass sie Rechtsgrundlagen nach eigenem Gutdünken anwendet.

Die Pflicht von Asylbewerbern und Geduldeten, sich ausschließlich in Ihrem Landkreis oder in ihrem Bundesland aufzuhalten (sog. Residenzpflicht) ist ein Konstrukt mit vielen Facetten. Eine der absurden Folgen der Einschränkung der Bewegungsfreiheit auf dieser Basis ist z. B., dass ein Geduldeter in Halle nicht nach Leipzig reisen darf, während er ohne Probleme bis nach Stendal fahren dürfte; ein Geduldeter in Cottbus darf nach Neuruppin fahren, bräuchte aber für die Durchfahrt durch Berlin eine Verlassenserlaubnis. Verlässt ein Ausländer den Landkreis oder das Bundesland jedoch ohne eine entsprechende Erlaubnis, macht er sich strafbar. Viele Betroffene erhalten gar kein Bargeld oder monatlich höchstens 40,90 Euro. Eine Gebühr von 10 Euro gerät unter diesen Umständen zu einem unerschwinglichen Luxus.

Die genannten Absurditäten, die die im Ausländerrecht festgeschriebene „Residenzpflicht“ mit sich bringt, verstoßen gegen die Grund- und Menschenrechte. Die Erhebung einer Gebühr für die Erteilung der Erlaubnis, die „Residenz“ zu verlassen, offenbart die ganze ausländerbehördliche Anmaßung, Menschenwürde und Menschenrechte missachten zu können. Mit seiner Entscheidung hat das OVG Magdeburg diese grundrechtswidrige Gebühr nun zu Fall gebracht.

„Es bleibt zu hoffen, dass dieser leidige Streit um die Gebühr nun bundesweit abgeschlossen ist und die betroffenen Ausländer ihre bereits gezahlten Gebühren von den Ausländerbehörden zurückverlangen.“, so Rechtsanwalt Volker Gerloff.

Die vollständige Abschaffung der menschenrechtswidrigen „Aufenthaltsbeschränkung“ (Residenzpflicht) bleibt indes auf der politischen Tagesordnung.

Internationale Liga für Menschenrechte und Komitee für Grundrechte und Demokratie, PM vom 26.10.2011 ■

Jean Jülich - Edelweißpirat (1929 – 2011)

Köln. Jean Jülich ist tot. Am Mittwoch, dem 19. Oktober verstarb der ehemalige Edelweißpirat, der jahrzehntelang für die Anerkennung seiner Kameradinnen und Kameraden als politisch Verfolgte gekämpft hatte, im Alter von 92 Jahren.

Schang, wie er von seinen Freunden genannt wurde, wurde am 18. April 1929 in Köln-Riehl geboren, verbrachte aber einen großen Teil seiner Kindheit und Jugend bei seinen Großeltern in Sülz. 1936 musste er miterleben wie sein Vater, der Kommunist war, in der Wohnung der Großeltern blutig geschlagen und verhaftet wurde; auch Jeans Oma und seine Tante wurden festgenommen und wurden monatelang im Kölner Zuchthaus Klingelpütz inhaftiert. Nach der Schulentlassung machte er eine Lehre als Schlosser.

Im Spätherbst 1942 bekam Jean Jülich in Sülz Kontakt zu einer Gruppe von Jugendlichen, die sich Edelweißpiraten nannten und den Drill und die Ideologie der Nazis ablehnten. Aufgrund ihres unangepassten Verhaltens gerieten die jungen Leute ins Visier der Nazis und wurden illegalisiert. Eine erste Vernehmung bei der Gestapo im El-De-Haus ging noch glimpflich aus, Jülich wurde nach wenigen Stunden wieder entlassen. 1944 aber wurde er im Zusammenhang mit der Verhaftung der Ehrenfelder Edelweißpiraten ebenfalls festgenommen und ins Gestapo-Gefängnis Brauweiler gebracht. Gemeinsam mit den am 10.11.1944 ermordeten Jugendlichen wurde er in Brauweiler brutal gequält, hatte aber das Glück, die Haft zu überleben.

Nach der Befreiung vom Faschismus, die für den 16-Jährigen auch und vor allem eine Befreiung aus dem Zuchthaus in Butzbach (Hessen) war, wurde Jean Jülich schließlich ein erfolgreicher Gastronom, der u.a. die Mülheimer Stadthalle und die Severinstorburg bewirtschaftete, und begeisterter und bekannter Karnevalist. Herzensangelegenheit aber war ihm der Kampf für die Rehabilitierung der Edelweißpiraten, die der deutschen Verwaltung als Kriminelle galten. Diesen Kampf, der, obwohl von Rückschlägen begleitet, schließlich erfolgreich war, führte er seit den siebziger Jahren gemeinsam mit seinen KameradInnen Gertrud Koch. Wolfgang Schwarz und Fritz Theilen. Mit ihnen stand er auch Jahr für Jahr am 10. November am Mahnmal an der Bartholomäus-Schink-Straße, um ihrer ermordeten Freunde zu gedenken. Ungezählt waren seine Besuche in Schulen, bei denen er Jugendlichen vom Widerstand der Edelweißpiraten berichtete und sie mit seiner Art beeindruckte.

Bühnenerprobt und schlagfertig, wie er aus seiner Zeit als langjähriger Sitzungspräsident im Karneval war, wurde er in den letzten Jahren zum Gesicht der überlebenden Edelweißpiraten und konnte viele Ehrungen entgegen nehmen. Am wichtigsten aber war ihm die Anerkennung seiner Freunde als politisch Verfolgte.

Diejenigen, die Jahr für Jahr im November der in der Hüttenstraße Ermordeten gedenken, hatten gehofft, Jean Jülich am 10.11. wieder wie jedes Jahr begrüßen zu können. Sie werden in Zukunft ohne ihn auskommen müssen – aber mit Sicherheit in seinem Geist weiterarbeiten. *tri* ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Egon Bahr zum Zweiten

Junge Freiheit Nr. 42/11 vom 14.10.2011

Nachdem Egon Bahr im Jahr 2004 für sein erstes Interview mit dem Blatt Proteste aus der eigenen Partei erntete, geht er im zweiten Interview jetzt gleich mit den erwarteten Protesten um und adelt das Blatt zugleich: „Ich teile ja nun wirklich nicht alles, was in Ihrer Zeitung steht, etwa habe ich eine grundsätzlich andere Position zu Europa … Ich habe immer dafür gestritten, dass wir nicht einen Teil der Nation außerhalb ihrer Normalität stellen. Das gilt, unter der Voraussetzung, dass sie die Bedingungen erfüllen, nämlich auf dem Boden der demokratischen Berechenbarkeit zu stehen, für die Partei DIE LINKE genauso wie für die Junge Freiheit.“ Nicht die demokratische Grundordnung, sondern „demokratische Berechenbarkeit“ ist der Maßstab für Bahr. Und er trifft sich mit dem Blatt in der Position zur Nation – sie ist für ihn ein identitätsstiftendes Element, allerdings als Nation in der EU und nicht außerhalb: Es sei „zweifelhaft, ob man ein guter Europäer sein kann, wenn man nicht auch ein guter Deutscher ist“.

50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei

Junge Freiheit Nr. 43/11 vom 21.10.2011

Der Jahrestag des Anwerbeabkommens ist für das Blatt Anlass, noch einmal gegen die aus der Türkei stammende Bevölkerung der BRD herzuziehen – und das unter dem Titel „Einwanderungslüge“ – ein Titel, der gut zum Inhalt des verlogenen Artikels passt: „Wer über Einwanderung spricht, darf von den Verlierern nicht schweigen. Die ersten, die die Zeche zahlen, sind die einheimischen Arbeitnehmer: Sie erleiden reale Einkommenseinbußen durch die Ausweitung des Arbeitskräfteangebots …“ Jahrzehnte haben die bundesdeutschen Kapitalisten versucht, mit Hilfe der angeworbenenen Arbeitskräfte einen Niedriglohnsektor aufzubauen. Es ist ihnen nicht gelungen. Die sogenannten Gastarbeiter ließen sich nicht als Lohndrücker einsetzen, sondern waren im Gegenteil das Herz jedes Tarifstreiks in den letzten fünfzig Jahren. Weder die Streiks im öffentlichen Dienst noch in der Automobilindustrie wären ohne die eingewanderten Arbeiter möglich gewesen. Es hat der Agenda 2010 mit den grausamen Hartz-IV-Gesetzen gebraucht, um einen Niedriglohnsektor zu befördern, der vorher so nicht bekannt war – eingebracht und beschlossen von einer im wesentlichen einwandererfreien Regierungsmehrheit. Ratschläge an die Occupy-Bewegung erteilt Blatt-Autorin Doris Neujahr: Die Rechte hofft, Einfluss auf diese Bewegung zu erlangen und schlägt Mindestforderungen vor: „Ein klares Nein zum permanenten Rettungsschirm und zu billionenschweren Kredithebeln. Erhalt und Stärkung der Budgethoheit des Bundestages. Eine Volksabstimmung über das Ob und Wie des Euro. Eine Wahrheitskommission, die das Zustandekommen der Maastricht-Verträge sowie der Deregulierungsgesetze untersucht. Alles andere ist politische Romantik.“ In Wirklichkeit geht es dem Blatt um den Ausstieg aus dem Euro und den EU-Verträgen und der bei ihm üblichen Stärkung der Nation. Die Occupy-Bewegung stehe in Gefahr, in die „Europa-Falle“ zu laufen. Die Bewegung sollte sich ihre einzelnen Teilnehmer genauer anschauen – die Rechte ist interessiert, sich in der Bewegung zu tummeln.

Weg mit dem Staatsbürger in Uniform?

Junge Freiheit Nr. 44/11 vom 28.10.2011

Die nächste Bundeswehrreform bietet dem Blatt Anlass, seine Vorstellungen über Militär und militärische Erwartungen vorzutragen: Die Beschreibung der Inneren Führung ist für das Blatt „wie eine Pressemitteilung der Integrationsbeauftragten Maria Böhmer“ – denn „die Angehörigen der Bundeswehr“ sollen „einander als Mitglieder einer freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaft anerkennen“.

Richtig erkennt das Blatt, dass die „stets propagierten Werte der Inneren Führung (Menschenwürde, Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität und Demokratie)“ nicht recht geeignet sind für die Anzettelung von Angriffskriegen. Diese Werte eigneten sich nicht, „Soldaten bei der Fahne zu halten“. Stattdessen sind nach Auffassung des Blattes „Tapferkeit, Härte, Mut und Ehre“ gefragt – Eigenschaften, deren Einforderung in Deutschland bislang zu zwei Weltkriegen geführt haben mit grauenhaften Verbrechen der Wehrmacht im zweiten Weltkrieg. Wieviel Mut und Ehre, wieviel Tapferkeit und Härte brauchten die Wehrmachtsoldaten für das Verüben von Massakern – oft an wehrlosen Kindern und Frauen? *uld* ■

„nation24“ erscheint erstmals in diesem Jahr

Der Wahlkampf in Berlin hat Herausgeber Manfred Rouhs offenbar so beschäftigt, dass er seine Zeitung „nation24“, die im 4. Quartal 2010 das letzte Mal erschien, erst jetzt wieder aufleben lässt. Im Editorial bilanziert er den Wahlkampf und stellt ernüchtert fest, dass der Aufwand sich nicht in Wählerstimmen niedergeschlagen hat. Bei der Masse der verteilten Faltblätter (angeblich 700 000) hätte „mehr drin sein müssen“. Das Hauptthema „Islamisierung“ sei offenbar nicht wahlentscheidend gewesen und die Konkurrenz durch die „Piraten“ habe die Proteststimmen eingesammelt. „Pro Deutschland“ müsse jetzt daran arbeiten, „ca. 30 000 bis 40 000 Unterstützerhaushalte“ zu gewinnen, um zu einer Kraft zu werden, „an der bei den nächsten Berlin-Wahlen niemand mehr vorbei kommt.“ Das soll jetzt mit einer Kampagne „Raus aus dem Euro“ versucht werden. Der Abopreis wird aber von 15 auf 30 Euro erhöht. *u.b.* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507

3000 Euro bis Jahresende!
Spendenkampagne für die Antifaschistischen Nachrichten

Die ersten Spenden sind eingetroffen. Bisher sind es:

770,– Euro

Wir danken allen Spenderinnen und Spendern.

Spendenkonto:
GNN-Verlag, Postbank Köln
BLZ 370 100 50
Kontonummer: 10419507